Einzelnummer 1 K. | 3. Jahr. | Nr. 33

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Jüdisches Volksblatt

Abonnement monatl. K 7.— ¼jährl. K 20.—

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt sondern als Verbandszeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten [illegible] im ganzen tschecho[illegible] Staate und in Galizien [illegible] dienen. — Inserate kosten [illegible] gespaltene Mil[illegible] für In[illegible] übernehm[illegible] außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Freitag, 6. V. 1921. | **28. Nissan 5681.**

Der ungarische Friedensvertrag und der Minoritätenschutz.

(Von unserem H. Korrespondenten.)

London, 21. April 1921.

In der Sitzung des Unterhauses vom 20. April wurde der Friedensvertrag mit Ungarn vom Unterstaatssekretär des Aeußern, Cecil Harmsworth vorgelegt und vertreten. Der Unterstaatssekretär behandelt im ersten Teil seiner einführenden Rede besonders ausführlich die nationalen Verhältnisse in den durch den Friedensvertrag von Ungarn abgetrennten Teilen. In Bezug auf Westungarn erklärte er, daß dort etwa 200 000 Deutsche wohnen und die Grenzen so gezogen worden seien, um diese Bevölkerung Oesterreich einzugliedern. Im übrigen habe die Botschafterkonferenz in Paris, Ungarn und Oesterreich verständigt, daß die Botschafterkonferenz keine exakte Auslegung der im Friedensvertrag vorgesehenen Grenzfrage verlangen werde, wenn Oesterreich und Ungarn untereinander zu einem andern Einverständnis kämen.

Colonel Wedgwood beantragte formell die Ablehnung der Ratifikation, und ging in seiner Begründung hauptsächlich auf die Behandlung der Minoritäten durch Ungarn ein. Die Abtrennung der früher von den Ungarn beherrschten fremdnationalen Gebiete sei im allgemeinen durchaus richtig. Aber England soll dafür Sorge tragen, daß die Staaten, welche diese Gebiete bekommen hätten, nicht selbst die in diesen Gebieten wohnenden Minoritäten vergewaltigen, wie es bezüglich Rumäniens aus Transsylvanien berichtet werde. Hierauf ging Wedgwood speziell auf die Behandlung der Juden in Ungarn ein und sagte:

In dem Friedensvertrag sind Klauseln, die besonders die Juden angehen, die in Ungarn so verfolgt werden wie vielleicht in keinem andern Lande in der Welt, ausgenommen die Verfolgung durch die Bolschewiki in der Ukraine. Artikel 55 des Friedensvertrages bestimmt:

„Ungarn verpflichte sich, allen Einwohnern Ungarns ohne Unterschied der Geburt, der Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion vollen und vollständigen Schutz von Leben und Eigentum zu sichern. Alle Einwohner Ungarns sollen das Recht auf die Ausübung jedes Glaubens und jeder Religion (öffentlich und privat) besitzen."

Artikel 58 bestimmt:

„Alle ungarischen Staatsbürger sollen vor dem Gesetz gleich sein und die gleichen bürgerlichen Rechte ohne Unterschied von Rasse, Religion und Sprache genießen. Alle ungarischen Staatsbürger, welche zu einer nationalen, sprachlichen oder religiösen Minorität gehören, sollen gesetzlich und tatsächlich dieselbe Sicherheit genießen wie alle anderen ungarischen Bürger."

Sollen diese Bestimmungen wirklich Friedensbedingungen oder Schein und Trug sein?

Im Laufe seiner weiteren Ausführungen sprach Colonel Wedgwood von der Kommission, die vor etwa 10 Monaten die Verhältnisse in Ungarn untersucht habe und der er selbst angehört hatte. Vor der Ankunft der Kommission hätte der britische Oberkommissär in Ungarn alle Erklärungen über den Terror als falsch bezeichnet. Die Kommission habe aber gefunden, daß der Terror weit schlimmer gewesen sei als die Berichte über ihn. Der Oberkommissär habe dies aber nachher zugeben müssen. Was sich vor 10 Monaten in Ungarn abgespielt habe, dauere noch immer fort. Die jüdische Minorität werde noch immer so verfolgt wie damals. Die gleichen Elemente beherrschen noch immer das Land. So weit es sich um Gerechtigkeit für die Juden und die arbeitenden Klassen dreht, sind die Verhältnisse in Ungarn heute genau so schlimm wie jemals. Enthalten die Bestimmungen des Friedensvertrages wirklich eine Hoffnung für die Juden und die arbeitenden Klassen? Ist der englische Oberkommissär in Budapest dort, um seinen Einfluß zum Schutz der Minoritäten und der arbeitenden Schichten auszunützen?

Wenn der Redner mit seinen Freunden gegen den Friedensvertrag protestiere, so wolle er damit eine Versicherung bekommen, daß dem Terror in Ungarn Einhalt geboten werde. Der ganze Wert des Friedensvertrages hänge davon ab, ob England dafür sorgen wolle, daß die Minoritäten in Ungarn geschützt werden. Eine aktivere und energischere Ueberwachung der ungarischen Regierung sei durchaus möglich, da diese Regierung wie viele der kleinen Staaten im Osten außerordentlich bemüht sei, mit dem englischen Volke gut zu stehen. Wenn wir, sagte der Redner, einen Vertreter Großbritanniens dort hätten, der den anständigen englischen Standpunkt einnimmt, daß der Antisemitismus eine unzulässige Sache sei, und einen Vertreter, der die Beschwerden der arbeitenden Klassen in Ungarn hören würde, so würde es um die Angelegenheiten anders stehen. Wenn wir einen Oberkommissär hätten, der um den Preis, etwas Popularität bei den herrschenden Klassen zu verlieren, für die Ehre Englands einstehen würde, wie wir es in diesem Hause tun, dann gäbe es allerdings eine Hoffnung für die verfolgten Minoritäten und die niedergetretenen Arbeiter von Budapest. Dieses Resultat erhoffe der Redner von der Behandlung des Vertrages im Parlament. Insbesondere müsse aber der englische Vertreter in Budapest aufmerksam gemacht werden, daß selbe Pflichten nicht nur diplomatischer Art seien, sondern, daß er auch über die Juden und die arbeitenden Klassen in Ungarn zu wachen habe.

Hierauf befaßte sich Colonel Wedgwood in der Hauptsache mit den Wiedergutmachungs-Klauseln, und sprach zum Schluß seine persönliche Sympathie für das freiheitsliebende ungarische Volk aus.

Als zweiter Redner griff in die Debatte der Abgeordnete Kenworthy ein, welcher erklärte, mit seiner ganzen Sympathie auf der Seite der Völker zu stehen, welche in Oesterreich-Ungarn unterdrückt worden waren und jetzt befreit worden seien, aber diese Sympathie sollte nicht das entscheidende Moment bei der Bestimmung der Grenzen sein. So sei es nicht richtig, daß das Gebiet von Preßburg Ungarn entrissen worden ist. Das gleiche gelte für das Gebiet von Kaschau. Ebenso sei Ungarn zu Gunsten Rumäniens Unrecht geschehen. Deswegen wären Plebiszite in diesen Gebieten notwendig gewesen. Hierauf befaßte sich Kenworthy in einer von sehr großer Sachkenntnis zeugenden Weise mit den ökonomischen und Verkehrsverhältnissen Ungarns und seiner Grenzgebiete und forderte auch seinerseits schließlich die Regierung auf, ihren großen Einfluß bei der ungarischen Regierung auszunützen, damit diese ihre Untertanen anständig behandle. Die Juden seien z. B. sehr schlimm in Ungarn behandelt worden, und nach neuesten Berichten dauere diese Behandlung fort. England trage Verantwortung für diese unglücklichen Menschen in Ungarn u. England sei in der Vergangenheit immer bereit gewesen, sich der Unterdrückten in der Welt anzunehmen. England habe jetzt einen größeren Einfluß auf die ungarische Regierung als seinerzeit auf die hohe Pforte als es sich um die Erleichterung des Schicksals von Armeniern handelte. England könne beinahe mit einem Wort die Verfolgung der Juden in Ungarn zu einem Ende bringen. England habe viel dazu beigetragen, die Mißhandlung der Juden in Polen zu beenden und sei Ungarn gegenüber in einer stärkeren Position als gegenüber Polen, welches den Anspruch erhob, als alliierte Macht behandelt zu werden. So schlecht der Friedensvertrag sei, so enthalte er doch Bestimmungen für den Schutz der Minoritäten, deren anständige Ausführung gute Resultate ergeben würde. Deswegen sollte die Regierung alle Anstrengungen machen, um abgesehen von dem Versuch, fiktive Wiedergutmachungssummen aus dem ruinierten Lande herauszuschlagen, die Herrscher des Landes zu zwingen, die ihrer Macht unterliegenden Menschen mit Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu behandeln.

Der eindrucksvollen Rede Kenworthys folgte eine eben so eindrucksvolle Rede von Asquith. Asquith erklärte zunächst ebenfalls seine Genugtuung über die Befreiung der ehemals von Ungarn unterdrückten Völker, sprach hierauf über die Unmöglichkeit, aus Ländern wie Ungarn, Oesterreich, Bulgarien oder der Türkei Entschädigungen zu erhalten, und wies schließlich darauf hin, daß die Entente müßte darauf sehen hätten müssen, die Sukzessionsstaaten zu zwingen, ungeachtet ihrer Autonomie, die ökonomische Einheit nicht zu zerstören, die tatsächlich die Stärke Oesterreich-Ungarns gebildet habe. Dazu wäre die Friedenskonferenz berechtigt gewesen, da sie in den Friedensverträgen den neuen Staaten auch andere Bedingungen für ihre Anerkennung auferlegt habe. Asquith schloß seine Rede, indem er erklärte:

Ein Punkt, auf den ich Aufmerksamkeit einlenken will, ist, wenn nicht von größerer, so doch wenigstens von gleich großer Bedeutung wie die andern. Ich meine die Frage, welcher Apparat eingerichtet wird, um die Einhaltung der nicht nur in diesem Friedensvertrag sondern in allen Verträgen, welche die Schaffung neuer Staaten betreffen, für den Schutz der Minoritäten enthaltenden Bestimmungen zu sichern.

Colonel Wedgwood hat einen [illegible] fenden Bericht, der zweifellos in der Hauptsache ganz genau ist, darüber gegeben wie sowohl in Ungarn als auch in Rumänien Tag für Tag und Woche für Woche die Bestimmungen verletzt werden, die die Friedensverträge für den Schutz der Minoritäten vorsehen. Die Juden sind natürlich, das ist eine alte Geschichte, in Rumänien immer mißhandelt worden. So weit ich mich erinnere, sind sie in Ungarn früher anständig behandelt worden. Ich bedauere außerordentlich, nun zu hören, daß jetzt in Ungarn gegen sie eine mehr oder minder wilde antisemitische Bewegung im Gange ist. Das ist nicht nur eine Frage der Juden. Die Beachtung der Bestimmungen bezüglich der Minoritäten sollten umso mehr erzwungen werden, wenn in einem Lande wie Transsylvanien große Massen von Ungarn und auch von Deutschen unter rumänische Herrschaft gekommen sind. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Bestimmungen für den Schutz der bürgerlichen Rechte der Minoritäten nicht nur tote Buchstaben bleiben, sondern auch durch einen wirklich wirksamen Apparat zur Anwendung und Durchführung gebracht wer-

---

Feuilleton.

Eine Sammelaktion.

Die „Tribuna", das von tschechischen Juden gegründete und erhaltene Tagblatt, glaubt, ich weiß nicht, ob der jüdischen oder der tschechisch-jüdischen Sache einen Dienst zu erweisen, wenn sie das folgende Feuilleton des bekannten tschechisch-jüdischen Humoristen Vojtech Rakous veröffentlicht. Es ist zwar sehr lustig, aber eine maßlose Uebertreibung, so übertrieben, daß es schon bald das Gegenteil von der Wahrheit sagt. Ich kenne viele jüdische Millionäre (allerdings keine tschechisch-jüdischen) und habe mit ihnen bis auf wenige Ausnahmen ganz andere Erfahrungen gemacht, als die von Rakous geschilderten (H.).

Jeder Jude gibt sicher einem jüdischen Bettler ein größeres Almosen als einem nichtjüdischen. Man sagt, daß einem nichtjüdischen Bettler alle Türen offen stehen [illegible] während [illegible] dieser Bettler nur eine jüdische Schwelle betreten darf. So lange, als einst auf der andern, nichtjüdischen, Seite kein Unterschied zwischen einem leidenden Juden und Nichtjuden gemacht wird, werden auch wir bei dieser unserer doppelten Praxis bleiben. Sie heute nicht durchzuführen würde heißen, unzählige tausende jüdischer Flüchtlinge dem sicheren Hungertode preisgeben. Jüdische Wohltätigkeit war auch vor dem Kriege nötig — doch was war damals die jüdische Not gegen die heutige? Ein Schäferspiel gegen eine schreckliche Tragödie, ein Wiesenbächlein gegen das unermeßliche Meer. Unzählige tausende jüdischer Flüchtlinge und Verbannte von allen Enden der Welt, aus Rußland, Rumänien, Polen, Ungarn — verlassen notgedrungen ihre alten Wohnsitze und flüchten — wohin? Sie selbst wissen es nicht und irren durch die Welt ohne Ziel und Zweck. Ein Meer jüdischer Not und jüdischen Elends, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.

Es bildete sich eine Vereinigung von Juden aller Parteien — Parteien, die sich sonst aufs Blut bekämpfen — und alle haben das gleiche ehrenvolle Bestreben, nach Kräften die Schrecken dieser jüdischen Not zu lindern. In dieser Vereinigung sind Juden, deren Denken mir in die Seele zuwider ist und auch in Zukunft zuwider sein wird; als ich aber eingeladen wurde, mich an der Sammlung von Beiträgen und Spenden zu beteiligen — bin ich gegangen.

Als Ort meiner Wirksamkeit wurde mir eine Fabrikstadt an der Peripherie Prags zugewiesen. Ein Wald von Fabrikschornsteinen, die Tag und Nacht Rauchwolken ausstoßen, erhebt sich über die Stadt. Drei Viertel dieser Kamine gehören jüdischen Großindustriellen, Millionären. Ich hatte ein Verzeichnis ihrer Namen — es waren zweiunddreißig. Bisher kannte ich jüdische Millionäre nur von Hörensagen, ihre schönen Autos flitzten gelegentlich vor meinen Augen vorüber und ihre Namen drangen einmal an mein Ohr. Ich habe sie nie geliebt, ich sah unzählige Male, wie für wirkliche und vermeintliche Ungerechtigkeiten, die jüdischen Millionäre in sozialer oder nationaler Beziehung begangen hatten, nicht ihre Urheber, sondern immer und in jedem Falle ihre armen Glaubensgenossen büßen mußten — jüdische Krämer und jüdische Kleinkaufleute.

Und so bin ich gegangen . . . .

Zweiunddreißig jüdische Millionäre . . . und von ihnen benahm sich ein einziger wie ein wirklicher Millionär, wie die Märchen erzählen. Er zeigte lebhaftes Interesse für die Sache und gab. Er gab einen Betrag, wie es sich für einen wirklichen Millionär gehört und gebührt und gab den Betrag mit so nobler und bescheidener Gebärde, daß mir diese Gebärde eine noch größere Freude bereitete als der Betrag selbst. Diesen Millionär sollte man zu Pulver zerstampfen — natürlich erst wenn er gestorben ist — und den andern Millionären zum Einnehmen geben. Bis dahin bleibe gesund, mein Millionär, ich denke deiner gerne.

Weitere 6 (sage sechs) Millionäre zeigten so etwas wie Interesse für die jüdische Not, gaben kleinere Beträge und benahmen sich mit tadelloser Höflichkeit. Ordentliche Leute . . . Aber die übrigen fünfundzwanzig! Wirklich: ein Pack . . . in seelischer Beziehung ein Pack. Dumme, kleinliche Ausflüchte bei den einen, protzige oder auch ärgerliche Abweisung bei den andern . . . . Leute, denen Dutzende von Millionen gehören, welche in den Weltbädern an einem einzigen Tage mehr ausgeben als die Familie eines armen Juden im ganzen Jahr verausgaben darf, Leute die durch ihre Protzerei und ihren der ganzen Welt zur Schau gestellten Reichtum den Juden unzählige Beschämungen und moralische wie physische Schäden verursachten, diese Leute hatten für die jüdische Not versperrte Türen. Sie gaben nichts, nur das harte Wort. Die Legende von dem „zweiten jüdischen Herzen" ist wenigstens mit Bezug auf die jüdischen Millionäre in der Fabrikstadt an der Peripherie Prags eine unverschämte Lüge! Der Empfang war im allgemeinen überall gleich, nur die Ausflüchte und Ablehnungen hatten verschiedene Formen.

Ein großer Fabrikhof . . . der Portier . . . Meldung beim Portier, was und wie . . . ein Büro, ein zweites Büro, ein drittes Büro prunkvoll ausgestattet und im Thron der Herr Fabrikant. Eine Verbeugung von meiner Seite, auf die der Herr Fabrikant nicht reagiert, denn er hat eifrig an etwas zu schreiben. Devotes Warten an der Tür, bis es dem Herrn Fabrikanten genehm ist. Endlich . . . Ich erkläre: „Schreckliche Not . . . Tausende von Flüchtlingen . . . Greise, Frauen . . . Kinder vor Hunger sterbend . . ." Der Fabrikant gibt mir 20 Kronen.

„Wird es in der Zeitung stehen?"

„Ja," versorge ich.

„Und in welcher? Am liebsten wäre es mir in tschechischen."

„Natürlich in tschechischen, in die Národní Listy . . ."

„Und in welcher noch?"

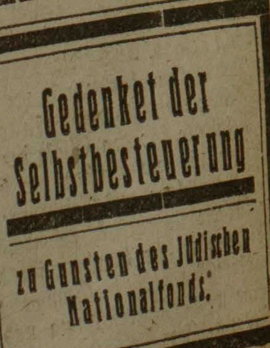
„Im Rude Pravo, im Staro Slovan . . ."

„So so . . ." freute sich der Fabrikant. „Wissen Sie, es ist nicht meinetwegen, aber damit sich andere an mir ein Beispiel nehmen . . ."

„Gott gebe es," sagte ich fromm und ging.

Eine andere Fabrik. Und wieder der Fabrikhof . . . der Portier . . . ein Büro, ein zweites Büro, ein prunkvoll ausgestatte-





den, gleichgültig, um welche Staaten es sich auch immer handle. Wir haben immer geglaubt und gehofft, daß dies eine der Funktionen, und zwar eine der wichtigsten Funktionen des Völkerbundes sein werde, und es gibt dafür Bestimmungen in der Konstitution des Völkerbundes und des Friedensvertrages. Wenn wir aber leider auf Grund unangreifbarer Beweise hören, daß diese Minoritätsklauseln in den verschiedenen Verträgen täglich verletzt werden, so müssen wir die Regierung fragen, welche Schritte sie unternimmt, um die nominelle Autorität des Völkerbundes in dieser Angelegenheit zu einer wirklich durchgreifenden Macht zu gestalten. Dieser Punkt scheint für mich aus der Betrachtung des Friedensvertrages mit Ungarn hervorzugehen und die Regierung soll uns zu dieser Angelegenheit ihre Informationen vorlegen.

Namens der Regierung antwortete Balfour. Balfour erklärte zunächst, daß es doch unmöglich sei, die Entscheidung der Friedenskonferenz über die Grenzfragen Ungarns umzustoßen, und im Parlament die ganze Frage nochmals zu beginnen. Nichts sei notwendiger für das Wohl der betreffenden Bevölkerung als die Ratifikation des Friedensvertrages nicht mehr zu verzögern. Gegen Plebiszite sei sehr viel einzuwenden, da sie oft, wenn der ganze schwierige Apparat in Anwendung gebracht worden sei, nicht den freien Willen der Bevölkerung, sondern das unglückliche Resultat von Einschüchterung und Zwang darstellen.

Was die ökonomischen und Transitfragen anlangt, so wolle er persönlich nicht verschweigen, daß er persönlich außerordentlich enttäuscht sei, durch die Methode, die die neuen Staaten oft in den gegenseitigen Beziehungen und in Bezug auf die Behandlung fremdnationaler Bevölkerungen innerhalb ihrer Grenzen anwenden. Tatsächlich könne man als Ergebnis der Geschichte der letzten Jahre nachweisen — und es sei sehr traurig daran denken zu müssen — daß die Völker, die am meisten durch Intoleranz und Unterdrückung gelitten haben, nicht immer Toleranz zeigen, wenn sie ihre eigene Freiheit erlangt haben; aber er hofft, daß sowohl die Beziehungen dieser Völker untereinander als ihr Verhältnis gegenüber den Fremdnationalen im eigenen Gebiete sich immer mehr bessern werde. Allerdings könne man dieses Resultat nicht durch dauernde Vorträge und Predigten erreichen. — Die englische Regierung stehe durchaus nicht indifferent der Art und Weise gegenüber, wie die neuen Staaten ihren Verpflichtungen gerecht werden.

Was die Behandlung der Minoritäten anlangt, so kann hervorgehoben werden, führte Balfour aus, daß alle in Betracht kommenden Kreise (die Regierung, der Oberste Rat, und der Völkerbund) sehr ernsthaft damit beschäftigt sind, um einen Apparat einzurichten, der den Schutz der Minoritäten wirklich sichert. Die Bestimmungen für den Schutz der Minoritäten in den Friedensverträgen, sind schon ein bedeutender Schritt nach vorwärts, ebenso die Einrichtung, daß die neugeschaffenen Staaten durch neugeschaffene Institutionen unter eine gewisse Kontrolle genommen werden. Der Völkerbund ist mit dieser Aufgabe betraut worden und wird sein Bestes tun.

Die Aufgabe ist nicht leicht und verlangt die gespannteste Aufmerksamkeit des Rates des Völkerbundes und alle Unterstützung von seiten der Versammlung des Völkerbundes, ebenso auch die Unterstützung aller Mitglieder des Völkerbundes, d. h. aller Staaten, welche den Bund bilden. Der Völkerbund wird nach seinen besten Kräften die ihm durch den Vertrag von Versailles auferlegten Pflichten erfüllen, und hoffentlich mit Erfolg. Der Druck der öffentlichen Meinung in der Welt wird gegen jede Gemeinschaft in Anwendung gebracht werden müssen, welche ihre Pflichten in Bezug auf die Behandlung der Minoritäten verletzt, und das wird hoffentlich genügen. Wenn dies aber infolge Mangels an Uebung oder aus anderen Ursachen unzureichend ist, so werden zweifellos andere Maßnahmen getroffen werden müssen. Wenn aber der Völkerbund seine Arbeit ausführen soll, so hängt das zum großen Teil davon ab, daß sich die öffentliche Meinung der Völker auf die Verpflichtung konzentriert, welche die einzelnen Mitglieder des Völkerbundes übernommen haben.

Diese öffentliche Meinung aber kann vom Völkerbund allein nicht hervorgerufen werden, wenn man die Welt nicht so weit bringt zu fühlen, daß die Unterdrückung einer Minorität wegen ihrer Anschauungen oder ihrer Rasse oder wegen irgend eines anderen Grundes eine Sache ist, die das Gewissen der Menschheit verletzt; wenn dieses Bewußtsein nicht in der ganzen Welt vorhanden ist, wie soll der Völkerbund oder irgend eine andere Organisation die Anwendung dieses Grundsatzes auf einen bestimmten Fall verlangen? Wir müssen daher, sagte Balfour — und ich spreche jetzt als ein Mitglied des Rates des Völkerbundes — in solchen Fragen hinter uns die geschlossene und einheitliche Stellungsnahme der ganzen Welt fühlen, wenn wir etwas unternehmen sollen, und ich hoffe, daß wir in allem Ernst in der Lage sein werden, uns auf diese Hilfe zu stützen. Was die Redner in der Debatte gesagt haben, hilft uns und wird sicherlich in jedem Herzen ein warmes Echo finden.

Nach Balfour sprachen noch Sir S. Hoare und Captain Elliot, der sich gegen die Abtrennung der ungarischen Gebiete von Ungarn aussprach, und hierauf Lord Robert Cecil.

Lord Robert Cecil behandelte zuerst ebenfalls die Frage der Grenzen, dann die Frage der Entschädigungen und wandte sich schließlich der Frage des Schutzes der Minoritäten zu. Er erklärte, daß er die außerordentliche Bedeutung des Minoritätenschutzes betone, die gleichbedeutend sei mit der Frage, den Minoritäten in Zentral- und Osteuropa Sicherheit zu schaffen. Diese Politik sei, so weit England in Betracht komme, eine alte Politik, die schon mit dem Berliner Friedensvertrag, ja noch früher eingeleitet worden sei, aber durch die Friedensverträge von Paris ausgebildet worden ist. Diese Politik sei eine der besten Bestimmungen dieser Verträge. Auf dem Papier ist den Minoritäten angemessener Schutz gewährt; die Frage, um derentwegen jetzt solche Besorgnis herrscht, ist, ob diese Bestimmungen zur Ausführung gelangen oder nicht. Balfour habe erklärt, daß der Rat des Völkerbundes nicht zögern werde einzugreifen, und hoffentlich wird dies tatsächlich nicht der Fall sein. Es ist sicherlich richtig, daß sehr viel von der Erziehung der öffentlichen Meinung abhängt. Der Apparat ist noch nicht genügend ausgebaut. Vorläufig verhält es sich damit so, daß jedes Mitglied des Völkerbundes vor den Rat des Völkerbundes eine Anzeige über die mangelhafte Ausführung der Klauseln bringen kann, und sicherlich kann die britische Regierung davon Gebrauch machen, um vor den Rat des Völkerbundes irgend eine mangelhafte Befolgung der Bestimmungen zu bringen. Ja, mehr als das, die Regierung kann verlangen, daß, wenn über die Tatsachen Zweifel bestehen, die Angelegenheit vor den ständigen internationalen Gerichtshof gebracht wird. Dieser Möglichkeit, erklärte Lord Robert Cecil, gewaltige Bedeutung deshalb bei, weil die öffentliche Meinung der ganzen Welt darauf aufmerksam gemacht wird, wenn man ein Gerichtsverfahren vor einem so gewaltigen Gerichtshof abhalten kann. Sobald es sich um wirklich ernsten Fall handelt wird sich die ganze öffentliche Meinung der Welt auf diese Anklage konzentrieren und eine Waffe von gewaltiger Kraft bekommen. Die Regierung soll feststellen, ob der gegenwärtige Apparat ausreichend ist, um eine Angelegenheit vor den Rat des Völkerbundes zu bringen. Es bestehen darüber, sagte Lord Robert Cecil, ernste Zweifel, da man sich jetzt darauf verlassen muß, daß ein Mitglied des Völkerbundes die Angelegenheit wirklich auf sich nimmt.

Was viele von uns wünschen, ist, daß die Mächte eine Möglichkeit sehen sollen, um der bereffenden Minorität selbst das Recht zum Appell an den Völkerbund zu geben. Was, so viel ich weiß, sagte Lord Robert Cecil, im Rat des Völkerbundes getan wurde, bestand daran, daß, wenn ein Appell in bezug auf schlechte Behandlung einging dieser Appell an die Miglieder des Rates des Völkerbundes versand wurde, und jedes Mitglied die Möglichkeit hat, die Angelegenheit aufzunehmen und vor den Rat zu bringen. Ich hoffe, daß der Apparat durchgebildet wird und daß eine Körperschaft konstituiert wird, deren Pflicht es sein wird, solche Angelegenheiten, sobald sie sich ereignen, vor den Völkerbund zu bringen, und darüber zu wachen, daß sie wirklich vom Rat des Völkerbundes in irgend einer Gestalt oder Form behandelt werden. Ferner möchte ich wissen, wann das Uebereinkommen über den internationalen Gerichtshof ratifiziert werden wird. Diese Ratifikation soll nicht verzögert werden, da das Gericht hoffentlich in Kraft treten wird, sobald die Hälfte der Mitglieder des Völkerbundes das Uebereinkommen ratifiziert haben wird. Die Schaffung des Gerichtshofes ist ein wichtiges Rad in der Maschinerie zum Schutze der Minoritäten. Ich bin sicher, daß sich auch nicht unter den Staaten Zentraleuropas eine Opposition gegen diese Maschinerie bilden wird, sobald sie erst vorhanden ist. Ich habe selbst diese Frage, sagte Lord Robert Cecil, mit einem sehr aufgeklärten Staatsmann eines der zentraleuropäischen Länder besprochen, der erklärte: „Wir werden immer der Unterdrückung der Minoritäten angeklagt und würde uns nichts mehr freuen, als eine Untersuchung dieser Anklage durch einen internationalen Gerichtshof fordern zu können."

Deswegen soll der internationale Gerichtshof sobald als möglich eingerichtet werden.

Lord Robert Cecils Rede folgten noch einige andere Reden, in denen immer wieder auf die Bedeutung des Schutzes der Minoritäten hingewiesen wurde. Schließlich wurde die zweite Lösung der Vorlage beschlossen.

Die Bedeutung der Debatte springt in die Augen, denn sie zeigt, daß im englischen Parlament in allen Parteien in gleicher Weise die Entschlossenheit besteht, die Minoritätsklausel der Friedensverträge, welchen Staat und welche Minorität auch immer sie angehe, zur Ausführung zu bringen. Welche Bedeutung die Anregungen von Lord Robert Cecil haben, ergibt sich ebenfalls nicht nur aus dem Charakter dieser Anträge, sondern auch aus der Person des Anregers.

Der internationale Gerichtshof.

In der Sitzung des Unterhauses vom 21. erklärte Lloyd George in Beantwortung einer Anfrage von Lord Robert Cecil, daß die Regierung in gemeinsamer Beratung mit den Regierungen der Dominions und von Indien stehe, um, sobald als möglich das Uebereinkommen für die Errichtung des dauernden internationalen Gerichtshofes zur Ratifikation zu bringen.

Die neue „Emanzipation".

Von Jechiel Halpern, Wien.

Jede Revolution, ob sie sich im nationalen oder internationalen Rahmen vollzieht, zerstört die gesetzlichen oder traditionellen Schranken, die der Entwicklung einer oder einiger aufstrebender Klassen im Wege stehen, und ermöglicht die volle Entfaltung aller in ihnen vorhandenen potenziellen Kräfte. Die entsprechenden Klassen innerhalb des jüdischen Volkes haben aber nicht die Möglichkeit, den Sieg der vollzogenen Umwälzungen auszunützen, oder doch nur in sehr geringem Maße. Nur jene Klassen, die wirtschaftlich vom jüdischen sozialen Organismus losgetrennt und ökonomisch in den nichtjüdischen Wirtschaftskörper eingegliedert sind — die jüdische Großindustrie und Finanzbourgeoisie sowie ein verschwindend kleiner Teil der jüdischen Arbeiterschaft — genießen in vollem Maße die Früchte des Sieges ihrer Klassengenossen.

Jene jüdischen Klassen, die einem fremden sozialen Organismus nicht eingegliedert sind, genießen die errungene Freiheit nur in geringem Maße, oft überhaupt nicht, und zwar infolge der Unvollkommenheit des jüdischen sozialen Organismus. So konnte keine Klasse innerhalb des Judentums von der Expropriation der Kirche und von der späteren teilweisen Expropriation des Grundbesitzes Vorteil haben, da innerhalb des jüdischen Volkes niemand da war, den man hätte expropriiren können. Die bürgerliche Revolution gab zwar einem kleinen Teile des jüdischen Volkes die Möglichkeit zu einem bedeutenden Aufschwung, dieser Teil verließ aber gleichzeitig und eben infolge dieses Aufschwunges den jüdischen sozialen Organismus. Dagegen blieben in bezug auf diejenigen, die sich ökonomisch nicht vom Judentum emanzipieren konnten, fast alle früheren Beschränkungen de facto aufrecht.

Aehnliche Erscheinungen beobachten wir auch jetzt bei der sich vollziehenden proletarischen Revolution. Auch hier genießen ihren Sieg in vollem Maße nur diejenigen jüdischen Arbeiter, die schon einem andern Wirtschaftsorganismus angehören. Die jüdische Arbeiterschaft genießt ihn — darüber haben wir schon einmal ausführlicher gesprochen — nur in beschränktem Maße.

---

tes Zimmer und darin der Fabrikant. Diesen kannte ich wenigstens dem Namen nach. Er hat — unverschuldet — den Ruf eines tschechischen Juden. Vor etwa zwanzig Jahren verirrte er sich versehentlich in irgend eine tschechisch-jüdische Versammlung (er war in die falsche Tür geraten), hielt sich fünf Minuten dort auf, bevor er den Irrtum merkte, aber diese fünf Minuten genügten, um ihn in den Ruf zu bringen, daß der Herr Fabrikant ein tschechischer Jude sei. Und diesen Ruf wurde er nicht mehr los, obgleich er sich dagegen bis zum Umsturz mit Händen und Füßen wehrte. Nach dem Umsturz hörte er auf, sich gegen diesen Ruf zu wehren, ja, er rühmte sich öffentlich seines Tschechen-Judentums und ließ sich Visitkarten drucken: „N. N. Fabrikant und cesky zid." Und bei der letzten Volkszählung meldete er sich tapfer zu seiner Ueberzeugung und schrieb in die Rubrik „Religion": Religion tschechisch-jüdisch. Er geht auch in tschechisch-jüdische Versammlungen nicht mehr irrtümlich, nur beschwert er sich immer am nächsten Tag bei seinem Buchhalter: „Nichts habe ich dort verstanden."

Also vor diesem „tschechischen Juden" stand ich. Das heißt, er saß am Tisch, las das „Prager Tagblatt", und ich sagte an der Tür mein Sprüchlein: Schreckliche Not . . . Tausende Flüchtlinge . . . unzählige Kinder, die vor Hunger sterben . . .

„Wieder irgend ein neuer Verein?" unterbrach er meine Litanei ziemlich ungnädig.

„Jawohl bitte. Die große Not . . ."

„Ist es ein tschechisch-jüdischer Verein?"

„Nein", gestehe ich, der Wahrheit gemäß.

„Ich gebe nichts", erklärte er energisch, „ich unterstütze nur tschechisch jüdische Vereine". (Er log, kein tschechisch jüdischer Verein hatte noch einen Heller von ihm gesehen!) „Ich bin tschechischer Jude," warf er sich in die Brust, „und nicht von gestern her wie irgend jemand. (Der Irgendjemand war offenbar ich.) Ich bin tschechischer Jude seit Geburt und kenne mich im tschechischen Judentum aus wie selten einer. Ich habe den seligen Doktor Lederer gekannt, dem sie jetzt in Pardubitz den Stein setzen, und auch den Dr. Bohrnzek kenne ich sehr gut, von dem man jetzt auf den Weinbergen den „Heiligen Peter und Paul" spielt oder wie das Stück heißt. Mich betrügt man nicht! Ich habe ein gutes Gedächtnis . . . Ich habe noch den seligen Herrn Ortonrid gekannt, das war ein ordentlicher Mensch, der hat es gegründet."

Er gab nichts und ich empfahl mich rasch, um nicht mit dem seligen Herrn Ortonrid in Konflikt zu kommen, denn ich habe Ehrfurcht vor den Toten.

Eine andere Fabrik. Ueber ihrem Eingang blähte sich vor dem Umsturz die goldene Aufschrift: Leopold Katz, k. k. Hoflieferant. Auch heute ist dort eine goldene Aufschrift, sie lautet aber einfach: L. Bezkocka. Und Schluß.

Ein prachtvoll eingerichtetes Büro und darin Herr Katz-Bezkocka. Er am Tisch, ich bei der Tür. Und ich sage wieder auf. Schreckliche Not . . . Flüchtlinge . . . Weiber . . . Kinder —

„Ja, ja, es ist überall schlecht", bestätigte traurig Katz-Bezkocka. „Und ist es ein Verein?"

„Eben im Namen dieses Vereines komme ich."

„Sie kommen wie gerufen", freut sich der Fabrikant, „ich suche gerade so einen Verein. Ich habe eine Menge armer Verwandter und suche einen Verein, der sich ihrer annehmen würde. Wenn sich Ihr Verein ihrer nur wirklich annehmen wird?"

„Er tut es! So sicher wie ein Gott über uns ist." Ich beteure es feierlich und hebe zwei Finger zum Himmel. „Gerade deswegen komme ich ja zu Ihnen. Unser Verein sucht reiche Fabrikanten, die arme Verwandte haben, um sich dieser armen Verwandten anzunehmen, denn wir wissen, was für Scherereien reiche Fabrikanten mit armen Verwandten haben."

„Also Sie kommen wie vom Himmel gefallen", freut sich der Fabrikant. „Was ich schon nach einem solchen Verein suche! Daß ich nicht schon früher von Ihnen erfahren habe! Also bitte, schreiben Sie die Namen auf (ich ziehe ein Notizbuch und notiere mit ernster Miene die Namen des armen Fabrikanten). Also bitte, eine Cousine in Ronov, eine in Litovec, eine alte Tante in Chotebor . . ." da gab es dem Fabrikanten sichtlich einen Ruck und ernst auf meinen fragenden Blick uhr er fort: „Wissen Sie, diese Tante würde außer einer Geldunterstützung auch etwas zum anziehen brauchen. Sie hat geschrieben, ob ich ihr nicht etwas von meiner Frau schicken könnte. Ich bitte Sie von meiner Frau! Die hat lauter seidene Sachen und das kann man doch . . ."

„Selbstverständlich", bestätigte ich, „da wird unser Verein schon irgend einen Rock schicken."

„Vielleicht auch irgend eine Jacke", schlug der Fabrikant vor.

„Ja, auch Jacken und Unterröcke, alles wird sie bekommen. Wen haben Sie noch?"

„Dann ist da noch eine alte Tante in Zajickov bei Pilgram. Sie schreibt mir, daß sie um die Ziege gekommen ist. Wo soll denn ich eine Ziege . . ."

„Gewiß, wo würden Sie sie hernehmen, sie bekommt vom Verein eine Ziege."

„Wie werden Sie sie nur hinbringen?" fragte besorgt der Fabrikant.

„Ich werde sie selbst hinführen."

„Aber Sie werden doch nicht . . .?"

„Ja, ich führe sie hin. Das ist meine heilige Pflicht. Bleiben Sie gesund Herr Katz."

Ich sagte absichtlich Herr Katz, damit er eine Wut hat. Und er hatte eine. Aber zu sagen traute er sich nichts. Offenbar wollte er nicht seine armen Verwandten um die Protektion bringen.

Ich kam nach Hause und wusch mir zunächst einmal die Hände. Einige von den jüdischen Millionären hatten mir nämlich an Stelle von Beiträgen die Hand gegeben. Dann mußte mir meine Frau schnell einen schwarzen Kaffee kochen, denn mir drehte sich der Magen um.

Die Absonderung der jüdischen Massen in den Nationen, unter denen sie leben, im wirtschaftlichen Sinne spiegelt sich in ihrer Absonderung in kultureller und religiöser Beziehung wie auch in Sitte und Brauch (Kleidung). Nun behaupten aber gerade unsere geschworenen hundertprozentigen Marxisten und „reinsten" historischen Materialisten, das einzige Hindernis der vollen Emanzipation der jüdischen Arbeiterschaft sei die Absonderung in sprachlich-kultureller Beziehung und stellen damit die marxistische Lehre geradezu auf den Kopf. Sie begreifen nicht, daß sprachlich-kulturelle Unterschiede, wenn sie vorhanden sind, in tiefen sozial-ökonomischen Unterschieden wurzeln müssen. Die „bedingungslosen" Kommunisten, die jetzt unter den jüdischen Massen unverhüllt oder halbverhüllt kulturelle Assimilation zum Zwecke der ökonomischen Emanzipation predigen, sind im Leben des jüdischen Volkes keineswegs eine neue originelle Erscheinung.

Schon während und nach der bürgerlichen Revolution in Europa hatten sie würdige Vorgänger. Auch die Jünger Mendelssohns glaubten die jüdische Frage zu lösen, indem sie sich bemühten, die jüdische religiös-kulturelle Eigenart abzuschaffen. In gemäßigter Form griff diese Intellektuellenbewegung auch auf Rußland über. Es ist aber bemerkenswert, daß sie nie und nirgends über den Rahmen eines mehr oder weniger engen Kreises der Intelligenz und Großbourgeoisie hinauskam. Die breiten Volksmassen blieben von dieser Emanzipationsbewegung unberührt. Unter vielen anderen aber war sie eine der Ursachen, die indirekt einen Teil der jüdischen Intelligenz zur Vertiefung des jüdischen Problems veranlaßten und die theoretischen Grundlagen des politischen Zionismus schufen.

Als am Ende des neunzehnten Jahrhunderts der internationale Sozialismus zur Aktion überzugehen begann, tauchte von neuem im jüdischen Leben die alte Losung auf: „Assimilation zwecks Emanzipation." Statt „Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit" rief man „Proletarier aller Länder vereinigt euch." Als Träger dieser leicht veränderten Losung trat aber dieselbe soziale Schicht auf, die es in der Zeit Mendelssohns gepredigt hatte. Es ist ein Teil der jüdischen Intelligenz, für den die kulturelle Emanzipation mit der ökonomischen zusammenfiel. Man findet unter ihnen Literaten, Journalisten, die unter den jüdischen Massen bisher keinen Absatz für ihre Erzeugnisse fanden. Natürlich fehlte es auch nicht an den Ideologen, die die wirklichen Interessen der jüdischen Arbeitermassen zu vertreten glaubten, in Wirklichkeit aber die einer kleinen Schicht jüdischer Intellektueller vertraten. Sobald diese aber einmal begonnen hatten, sich mit der jüdischen Frage zu beschäftigen, gruben sie tiefer (wofern sie nicht zu früh in nichtjüdische Lager übergingen) und schufen die theoretischen Grundlagen des Poale-Zionismus.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben verschiedene revolutionäre Gährungen in verschiedenen Ländern Europas stärkere beweist schon folgende Tatsache: Wiederholt in verschiedenen Ländern Europas stärkere oder schwächere „Emanzipationsbestrebungen" in der jüdischen sozialistischen Bewegung hervorgerufen. Keiner gelang es aber, dauernd Einfluß auf die jüdischen Arbeitermassen zu bekommen, alle sind Intelligenz- und Ideologenbewegungen geblieben. Daß es so ist, beweist schon folgende Tatsache: Wiederholt haben sich Teile der jüdischen Arbeiterbewegung von dieser abgesplittert und an die nichtjüdische Arbeiterbewegung des betreffenden Landes assimiliert. Dementsprechend ist die Zahl der jüdischen **Führer** in den nichtjüdischen Arbeiterparteien sehr groß. Die jüdischen **Arbeiter** dagegen sind dort nicht oder nur in sehr geringem Maße vertreten. Sie ließen sich zwar hie und da von den Assimilationslosungen mitreißen, kehrten aber immer wieder bald zurück, gedrängt durch die wirtschaftliche Lage. Zurück blieben die Ideologen und Intellektuellen, für die die nichtjüdischen Parteien ein breites Betätigungsfeld als Redakteure, Gewerkschaftsführer, Vo[illegible]ker usw. darbieten.

Nach dem Gesagten wird es uns leicht, die neueste Assimilationsströmung innerhalb der jüdischen sozialistischen Bewegung zu beurteilen. Die russische bolschewistische Revolution gab der jüdischen sozialistischen (oder sozialistisch gewordenen) Intelligenz eine große Möglichkeit zur Ausübung ihrer geistigen Berufe. Eine gewisse Störung war ihre (der jüdischen Intelligenz) spezifische Stellung zu jüdischen Fragen, die für die Einheitlichkeit der kommunistischen Taktik hinderlich war. So begann man mit der Liquidierung der in jahrelanger Arbeit geschaffenen Programme, teils rascher, teils langsamer. Nur ein Teil der **Ideologen** und ein Teil der jüdischen Intelligenz war und ist noch wirklich der Meinung, daß nach dem Siege der proletarischen Revolution nur die kulturelle Absonderung und die „nationalen Vorurteile" der jüdischen Arbeiter ein Hindernis auf dem Wege zu ihrer vollen Emanzipation sind. Daß die proletarische Revolution keineswegs der Deus ex machina ist, der alle spezifisch jüdischen Probleme automatisch löst — davon haben wir schon ausführlich gesprochen. Das Bewußtsein davon dringt infolge der dreijährigen Erfahrung in Rußland immer mehr auch in jene kleinen Teile der jüdischen Arbeiter, die sich in den Tagen der Blütenträume von übertriebenen Hoffnungen hinreißen ließen.

Ungestört und immer entschiedener schreitet dagegen der Auflösungsprozeß bei der jüdischen sozialistischen Intelligenz fort, der es nur noch hie und da gelingt, kleine Teile der jüdischen Arbeiterschaft mitzureißen. In Rußland hat sich der „Bund" (der faktisch fast nur mehr aus seinen Führern bestand) auf seiner letzten Konferenz in Minsk aufgelöst. Ihm folgt der „Bund" in Oesterreich. Die poale-zionistischen Kommunisten in der Slowakei (faktisch eine Gruppe ganz oder halb deklassierter Intellektuellen) wird zur Fraktion der allgemeinen kommunistischen Partei (wo sie, nebenbei gesagt, durch ein Mitglied einer andern Nationalität in der Exekutive repräsentiert ist). In Deutschösterreich, wo unter den linken Poale Zion doch auch eine gewisse Anzahl von Arbeitern vorhanden ist, macht die Liquidation größere Schwierigkeiten. Und bezeichnenderweise stößt die liquidatorische Assimilation auf desto größere Schwierigkeiten, je größer die Zahl der Arbeiter in der betreffenden Partei ist. So will man von der Verschmelzung bei den linken Poale-Zion und beim „Bund" in Polen nichts wissen, wo diese Parteien wirklich Massenparteien sind. Das ist ein Beweis dafür, daß auch die neue Emanzipationsbewegung wie alle ihre Vorgänger eine Intellektuellenbewegung ist. Die jüdischen Arbeitermassen, für die jüdischer Sozialismus eine Folge ihrer sozialen Lage ist, bleiben im großen und ganzen von dieser Bewegung unberührt.

Jüdische Gewerbeschule in M.-Ostrau.

Mit Ende des I. Schuljahres entläßt die Fachschule für mech.-techn. Gewerbe der isr. Kultusgemeinde in M.-Ostrau ihre ersten Absolventen. 37 von ihnen haben die Absicht, sich sofort der praktischen Arbeit zuzuwenden, die restlichen 9 Absolventen wollen vorher noch das Studium an einem Technikum fortsetzen.

Die Schwierigkeiten, die sich der Schule bei Lösung der Raumfrage, Lehrwerkstätte, Einrichtung etc. entgegenstellten, waren derart groß, daß sie von einer Kultusgemeinde nur bei jener Opferwilligkeit beseitigt werden konnten, wie solche in Mähr.-Ostrau zu finden ist. Heute kann gesagt werden, daß das schwierigste bereits überwunden ist, so daß man sich fortab dem Ausbau und der Vervollkommnung des bereits bestehenden wird zuwenden können. — Die Schule besteht gegenwärtig aus zwei Jahrgängen für Maschinenbau und ist eine Tagesschule mit ganztägigem Unterricht. Vier Unterrichtsstunden sind täglich für die praktische Arbeit in der Werkstätte, fünf Stunden für den theoretischen Unterricht bestimmt. Die für 1921-22 geplante Angliederung eines einjährigen elektrotechnischen Kurses muß leider — infolge der Unmöglichkeit, die Raumfrage bis dahin zu lösen — auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden. Die Schule hat den Zweck, Hilfskräfte für den Maschinenbau und einschlägige Industriezweige heranzubilden und zwar durch praktische Arbeit in der Lehrwerkstätte, wie auch durch theoretischen Unterricht in maschinentechnischen Lehrgegenständen. Je nach Eignung des Schülers, ist diese zweijährige Unterrichtszeit eine Vorschule für die künftige Verwendung als Vorarbeiter, Monteur, Werkmeister, Reisetechniker, Selbstgewerbetreibender etc. Sie gibt aber auch solchen gewissen Hilfskräften die Möglichkeit, sich theoretische Kenntnisse anzueignen, die bereits praktisch tätig sind, bei denen jedoch der Mangel einer theoretischen Ausbildung dem Vorwärtskommen hinderlich im Wege ist. Solche Schüler können auch als Gastschüler Aufnahme finden und sind nur zum Besuche jener Lehrgegenstände verpflichtet, die in Ansehung des zu erreichenden Zieles für sie von Wichtigkeit sind. In Anbetracht des Umstandes, daß das Studium der Elektrotechnik, der Gas- und Wasserinstallation etc. ähnliche Grundlagen voraussetzt, wie sie die hiesige Fachschule vermittelt, kann dieselbe auch von solchen Schülern besucht werden, die sich einem der genannten Spezialfächer zu widmen beabsichtigen, da ihnen bei Fortsetzung des Spezialstudiums an einem Technikum die hier verbrachte Unterrichtszeit bis zu 3 Semestern eingerechnet wird.

Der Lehrplan ist auf der Erkenntnis aufgebaut, daß das Vertrautsein mit den Elementen der Mathematik, Projektionslehre und Mechanik sowie die intensive Pflege der zeichnerischen Fähigkeiten die Grundlage jeder technischen Ausbildung sein muß. Aus diesem Grunde hat sich der erste Jahrgang vorwiegend mit diesen Gegenständen zu befassen, um so die fundamentalen Kenntnisse für die Maschinenkunde, das Maschinenzeichnen, die technische Mechanik und Elektrotechnik — die Hauptgegenstände des zweiten Jahrganges — vorzubereiten. Der Lehrplan berücksichtigt aber auch zur Genüge die Tatsache, daß der Gewerbetreibende heute ein ausreichendes Maß allgemeiner Bildung besitzen und mit den wichtigsten kaufmännischen Kenntnissen ausgerüstet sein muß, um den Anforderungen der gegenwärtigen Zeit genügen zu können. Der Unterricht in den Landessprachen, in Naturlehre, Bürgerkunde, Gesundheitslehre sowie im gewerblichen Rechnen, Korrespondenz, Buchführung, Kalkulation, Stenographie und Maschinschreiben, gibt genügend Gelegenheit, den beiden vorgenannten Forderungen Rechnung zu tragen. Ueberdies besteht ein Abendkurs für allgemeine Elektrotechnik, der es den Teilnehmern ermöglicht, die im lehrplanmäßigen Unterricht gewonnenen Kenntnisse zu vertiefen und zu erweitern.

Nachdem das Abgangszeugnis der Schule — auf Grund des vom Ministerium für Schulwesen und Volksaufklärung genehmigten Organisationsstatutes — ein Lehrzeugnis ersetzt, ist der heranwachsenden jüdischen Jugend die Möglichkeit geboten, im Rahmen einer Schule, ein praktisches Fach zu erlernen, das sie zu produktiver, manueller Arbeit hinüberleiten soll.

Es ist höchste Zeit, auf jüdischer Seite mit dem Vorurteil gegen die manuelle Arbeit zu brechen, umsomehr, als bei den sich vor unseren Augen vollziehenden Wiederaufbau unserer Heimstätte, dieser Arbeit die ersten und wichtigsten Aufgaben zufallen müssen. Das Handwerk hat aber auch stets noch seinen Mann erhalten können und daran können auch vorübergehende Krisen nichts ändern, bei denen es sich im Gegenteil nur zeigt, daß derartige Erschütterungen des Wirtschaftslebens vom Handwerk noch am besten und raschesten überwunden werden.

Litauen.

Jüdische Gemeindewahlen.

Die Wahlen in die jüdischen Gemeinden in Litauen sollen in den Zwischenfeiertagen zu Peßach stattfinden. Die Wahlen haben eine ungeheure Bedeutung für das Schicksal der jüdischen Autonomie. Ein heißer Kampf ist insbesondere zwischen der Orthodoxie und dem Nationalrat entbrannt. Der Rabbinerverband hat einen Aufruf erlassen, in welchem er sich heftig gegen den Nationalrat wendet und die Juden auffordert, orthodox zu wählen. Minister Solowejtschik protestiert in einem Artikel dagegen, daß die für das ganze Weltjudentum so bedeutungsvolle jüdische Autonomie in Litauen durch Entfesselung eines religiösen Kampfes gefährdet wird. J. M. Z.

Lettland.

Antisemitische Politik.

Den Kownoer Zeitungen wird aus Riga gemeldet: Die lettische Regierung hat beschlossen die Zahl der jüdischen Rückwanderer auf 10 Prozent der Gesamtzahl der aus Rußland heimkehrenden lettischen Staatsangehörigen zu beschränken. Die antisemitische Politik der lettischen Regierung und Behörden, besonders in der Frage der aus Rußland heimkehrenden jüdischen Rückwanderer, hat bereits des öfteren in der Oeffentlichkeit unliebsames Aufsehen erregt. Man erinnert sich der Schikanen und Drangsalierungen, denen die ersten Transporte jüdischer Rückwanderer an der lettischen Grenze ausgesetzt waren. Sie wurden zurückgewiesen, weil sie Juden waren, obwohl die lettische Regierung laut Vertrag mit Rußland verpflichtet ist, sämtliche aus Rußland zurückkehrenden lettischen Bürger zu übernehmen. Die Sowjetregierung mußte Repressalien anwenden. Auch das Komitee der jüdischen Delegationen in Paris war genötigt, Beschwerde zu erheben. Nunmehr scheint die lettische Regierung ihre antisemitische Taktik legalisieren zu wollen und die antisemitische Unmenschlichkeit gegen Kriegs- und Evakuationsopfer soll ein gesetzliches Mäntelchen erhalten. Die Schaffung einer Prozentnorm für Rückwanderer ist in der Tat eine politische Groteske, die nicht ohne Protest bleiben darf. Das Beispiel der alten rumänischen Praktiken darf durch den lettischen Bauernantisemitismus keine Nachahmung finden.

Aus der Chronik der jüdischen Gasse.

Im österreichischen Touristenklub wurde bei der letzten Generalversammlung der Arierparagraph eingeführt. Der sattsam bekannte nationalsoziale Dr. Walter Riehl hat somit die arischen Jungfrauen aus den Klauen der Semiten gerettet.

Die tschechoslowakische Regierung hat ihre Gesandschaft in Washington beauftragt, dem Präsidenten des „Joint" den Dank für die werktätige Hilfe dieser Institution auszusprechen.

Der englischen Hygieniker Sir James Cantle gibt allen Menschen den Rat, die Bibel zu lesen, wenn sie lang leben wollen.

In Bratislava wird den Lebensmittelwucherern das Telephon abgenommen. In Wien findet zu Gunsten des jüdischen Schulwerkes am 7. Mai ein hebräisches Konzert statt.

Um das jüdische Schulwerk in Rumänien zu schaffen, wendet sich der Unterrichtsminister Nogolescu an den Außenminister mit dem Ersuchen, festzustellen, auf welche Weise das Unterrichtswesen in den übrigen Sukzessionsstaaten, wie Polen, Jugoslawien, Tschechoslowakei geregelt wurde.

Der griechische Ministerpräsident Gunaris ist nach Smyrna abgereist, um diese Stadt im Namen des griechischen Volkes in Besitz zu nehmen.

Prof. T. G. Masaryk, der Präsident der tschechoslowakischen Republik ist gesundet und dürfte seine Erholungsreise nach Capri am 17. d. M. antreten.

Ottokar Stauf von der March, hinter diesem Pseudonym verbirgt sich ein Mitarbeiter der ehemaligen „Schönererschen Unverfälschten Deutschen Worte", will in arischer Liebenswürdigkeit Theodor Herzl zum Antisemiten stempeln. Herr Davis Trietsch aus Berlin — Jaffa hält in Wien einen Vortrag über: „Aufbau des jüdischen Palästina."

Der Budapester Kaufmann Anton Ruttkai—Rosenbaum wurde von den Weiß-Gardisten in die Seufzerzelle der Albrecht-Kaserne gebracht, und vom Hauptmann Hegedüs um $1\frac{1}{2}$ Millionen Kronen freigelassen.

In Wien starb Ende April Gustav Pick, der Dichter und Komponist des Fiakerliedes, 87 Jahre alt.

Prof. Albert Einstein wird nach seiner Rückkehr aus Amerika in England eine Reihe von Vorlesungen abhalten. Der erste Passagierdampfer im Dienste der „Maawirim" wird am 15. d. unter blau-weißer Flagge Triest verlassen.

Der berühmte holländische Meister Bouwmeester tritt Wien als Shylock auf.

Zum 40jährigen Schriftstellerjubiläum Rubin Brainins wird von seinen Freunden eine Gesamtausgabe seiner Werke veranstaltet.

Jüdische Flüchtlinge aus Odessa berichten über schauderhafte Pogrome in den Gouvernement Poltawa, Cherson und Podolien.

Der Kiewer „Kommunist" registriert in den letzten 3 Monaten des Jahres 1920 87 Pogrome, in den ersten 3 Monaten 1921 16 Pogrome.

In Kamenec-Podolsk haben Bolschewisten das Vermögen des jüd. Hilfskomitees liquidiert.

Die jüdischen Abgeordneten Polens stimmen gegen die Ratifizierung des Rigaer-Friedensvertrages, weil grundlegende Bestimmungen dieses Vertrages, gegen ein Teil der jüdischen Bevölkerung gerichtet seien.

„Das Naje Leben" in Bialystok wurde auf die Dauer von 2 Wochen verboten.

Zieligowski hat nach „Kurjer Wilenski" die Juden zu einer Konferenz eingeladen, auf der die Frage der Einberufung des Wilnaer Landtages besprochen werden soll.

Abg. Dr. Benno Straucher nahm sich in der letzten rumänischen Kammersitzung der jüdischen Studentenschaft an und wendet sich in scharfen Worten gegen ihre Nichtzulassung zum Verbande der rumänischen Studentenschaft. Vajda—Voevod, der rumänische Expremier, exponierte sich diesmal auch für die Juden.

Der neue Stadtrat von Budapest enthob sämtliche jüdische Bezirksärzte ihres Amtes.

David Frischmann soll in Berlin erkrankt sein.

Die Misrachi-Organisation Deutschlands hat in Breslau eine landwirtschaftliche Schule für Mädchen eröffnet.

In Paris wurde eine Gesellschaft „Art" begründet, welche die russischen Juden mit Rohmaterialien, Unterrichtsmitteln, Werkzeugen und Betriebskapitalien aus Westeuropa versorgen soll.

Am 1. Seder-Abend wurde in Triest eine jüdische Volksküche eröffnet, anschließend daran ein Volksheim.

Die amerikanische „Jointzentrale" soll der J. P. Z. zufolge 25.000 Dollars für konstruktive Anleihen in Palästina angewiesen haben.

In Craiova (Rumänien) erscheint eine doppelsprachige (deutsch-rumänisch) illustrierte Monatsschrift „für die jüd. Familien Großrumänien" Viata— Das Leben.

Das Buch Ijob liegt in einer tschechischen Umarbeitung von Heinrich Hrozny, einem Bruders des Assyriologen Friedrich Hrozny, vor.

Auf den Kopf des Podeda von Fiume Zanelli sind 20.000 Lire ausgeschrieben.

Der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde Horni Cerekev wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung zum Umbau ihres Friedhofes

Erez Israel.

Politisches.

Jüdische Landgendarmerie.

Die palästinensische Regierung verfügte, daß die Wächter (Schomrim) der jüdischen Kolonien mit Feuerwaffen und Munition versorgt und als behördlich vereidigte Landgendarmen betrachtet werden. (Z. K.)

Wirtschaftliches.

Vom Ruthenberg Projekt.

Ing. Ruthenberg erhielt von Churchill eine Einladung zwecks Vorlage seiner Pläne. In einem zu diesem Zwecke besonders bestimmten großen Saale des Regierungspalais auf dem Oelberge legte Ruthenberg dem engl. Kolonialminister in Anwesenheit des Oberkommissärs, des Leiters der öffentlichen Arbeiten, General Grant, Barons James Rothschild u. A. seine Elektrifizierungs- und Bewässerungspläne vor.

Die Besiedlung.

Warnung vor gewissenlosen Auswanderungsagenten.

Von den amerikanischen jüdischen Organisationen erhalten wir die Mitteilung, daß von gewissenlosen Agenten Einwanderer, die nach den Vereinigten Staaten wollen, denen aber Schwierigkeiten seitens der Paßbehörden gemacht werden, verleitet werden, statt auf die legale Beseitigung der Schwierigkeiten zu warten, nach Mexiko zu fahren. Von dort aus sollen diese Einwanderer versuchen, über die Landesgrenze nach den Vereinigten Staaten zu gelangen.

Die unglücklichen Emigranten, die von diesen Agenten zu solchen Schritten verleitet worden sind, werden dadurch in die unglücklichste Lage gebracht. Die Landgrenze von Mexiko nach den Vereinigten Staaten wird strengstens überwacht, sodaß keine Möglichkeit vorliegt, sich nach den Vereinigten Staaten einzuschleichen. Zahlreiche Personen, die dies versucht haben, sind in dem amerikanischen Staate Texas interniert worden und haben nun schwere Bestrafung und Rücksendung zu erwarten. Andere sind nach Mexiko zurückgebracht worden und befinden sich dort in der schlimmsten Lage. Durch ihre Unbesonnenheit haben sie sich außerdem die Möglichkeit nach Amerika zu kommen, für immer verscherzt.

Es ist selbstverständlich, daß keine jüdische Organisation eine ungesetzliche Einwanderung dieser oder anderer Art unterstützt. Die Emigranten müssen aber eindringlichst gewarnt werden, den Lockungen gewissenloser Agenten zu folgen, die es nur darauf abgesehen haben, aus der Unwissenheit, der begreiflichen Ungeduld und dem Elend der unglücklichen Emigranten Kapital zu schlagen und sich nicht darum kümmern, was schließlich aus denen wird, die sich in leichtsinniger Weise ihnen anvertraut haben.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß jeder Versuch in illegaler Weise mit nichtordnungsmäßigen Pässen und Papieren die Vereinigten Staaten zu erreichen, die Emigranten nur in dauerndes Elend führen muß.

Offizieller Teil.

An unsere jüdischen Mitbürger!

Die Londoner Exekutive der Zionistischen Weltorganisation hat den zwölften Zionistenkongreß für Ende August dieses Jahres einberufen. Der Kongreß wird aller Voraussicht nach in einer Stadt der tschechoslowakischen Republik tagen.

Die Aufgabe des zwölften Zionistenkongresses wird es vor allem sein, den Weg zum großzügigen Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina zu weisen. Dieser Aufbau ist nicht mehr Angelegenheit einer Fraktion im Judentum, sondern Aufgabe aller Juden der Welt. Die Zionistische Organisation, die die Vorbedingungen für den Aufbau geschaffen hat, der vor allem die politische Grundlage in Form des zwischen den Großmächten vereinbarten Mandatsvertrages für Palästina zu danken ist, die Zionistische Organisation stellt jene Gruppe innerhalb des jüdischen Volkes dar, welche den Aufbau Palästinas am konsequentesten verficht und ihn am ausschließlichsten unter politisch-nationalen Gesichtspunkten betrachtet. Beweggründe religiöser und humanitärer Natur sind auch im Zionismus wirksam, doch sieht er die Möglichkeit der Erfüllung des jüdischen Willens zur Rückkehr in das Land der Väter auf dem Wege der großzügigen Aufschließung und Besiedlung des Landes auf Grundlage nationaler Kapitalien.

Mögen einzelne Richtungen besondere Förderungen stellen, mag die zionistische Fraktion „Misrachi" den Aufbau ausschließlich im Geiste der religiösen Ueberlieferung, mag die zionistische Föderation „Poale Zion" und „Hapoel Hazair" die Besiedlung auf sozialistischer Basis verlangen, mag eine Richtung entschiedene nationalpolitische Betätigung auch in den jetzigen Wohnländern der Juden fordern, eine andere ebendiese Betätigung ablehnen — sie alle vereint das Ideal der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Erez Israel, das Ideal des Zionismus.

Heute, da die Verwirklichung des Zionismus aus dem Bereich der Utopie in den Kreis der realen Möglichkeiten gerückt ist, fordern wir unsere jüdischen Mitbürger auf, sich der allweltlichen zionistischen Organisation anzuschließen und diesen Anschluß durch Entrichtung der zionistischen Kopfsteuer, des Schekels zu bekunden.

Die Zahlung des Schekels berechtigt zur Wahl zum zwölften Zionistenkongreß. Aus allen Erdteilen werden die Delegierten der zionistischen Massen hieherströmen, um sich über die wichtigen Fragen des Palästinaaufbaues auszusprechen und Beschlüsse zu fassen. Die Juden unseres Landes, die an jüdischem Gefühle und jüdischem Stolze nicht geringer sind, als die irgend eines andern, werden dem Kongreß eine würdige Aufnahme bereiten. Dazu gehört, daß sie selbst sich in größter Zahl in die Reihen der zionistischen Organisation stellen und es so ermöglichen, daß die tschechoslowakische Delegation am Kongreß eine würdige Vertretung des jüdischen Volkes in der tschechoslowakischen Republik darstellt.

Wer für den Aufbau einer jüdischen Heimstätte für das jüdische Volk ist,

wer ein Asyl für Opfer blutiger Verfolgung schaffen will,

wer die Zukunft des jüdischen Volkes sichern will, der schließt sich der Zionistischen Organisation an und zahlt den Schekel.

Mähr.-Ostrau, am 19. April 1921.

Das Exekutivkomitee des Zionistischen Zentralkomitees für den tschechoslowakischen Staat:

Finzi, Rufeisen, Herrmann, Krieger, Wagner.

Der Schekel beträgt samt der Parteisteuer in Böhmen 28 Kc, in Mähren und Schlesien 25 Kc, in der Slowakei 30 Kc.

Zahlungen nimmt jeder zionistische Vertrauensmann und Verein, die zionistische Parteileitung für Böhmen (Prag, I., Ruzova 24/III), das mährisch-schlesische Distriktskomitee für die Slowakei (Bratislava, Jägerzeile 20), das Distriktskomitee für Karpathorußland (Velky Sevljus per Adresse Mor. Guttmann), sowie auch das Zionistische Zentralkomitee (Mähr.-Ostrau, Langegasse 24), entgegen. Auf Wunsch sendet das letztere Erlagscheine zu.

An alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner des zionistischen D. K. für Mähren und Schlesien!

Das mähr.-schlesische Distriktskomitee fordert alle Zionisten, gemäß den Beschlüssen der Exekutive in London und des Zionist Z. K. für die tschechoslowakische Republik auf, die Schekelagitation mit Energie durchzuführen und die verkauften Schkalim bis zum 15. Mai d. J. an das D. K. abzuführen. Zionisten in Mähren und Schlesien werbet für den Schekel.

Das zionistische Distriktskomitee für Mähren und Schlesien.

Aus den Gemeinden

M.-Ostrau.

Israelitische Kultusgemeinde M.-Ostrau

Entwurf einer Tax- und Gebührenordnung der Kultusgemeinde M.-Ostrau.

Allgemeine Bestimmungen:

§ 1.

Die Tax- und Gebührenordnung regelt im Sinne des § 63 des Statutes der israelitischen Kultusgemeinde M.-Ostrau die Höhe der Taxen und Gebühren, welche die Kultusgemeinde bei den taxpflichtigen Anlässen und für die als gebührenpflichtig bezeichneten Leistungen einzuheben berechtigt ist und trifft nähere Bestimmungen über die Subjekte und Objekte der Tax- und Gebührenpflicht, über Bemessung, Einhebung und Verwendung der Taxen und Gebühren.

§ 2.

Die israelitische Kultusgemeinde ist bei nachstehenden Anlässen Taxen einzuheben berechtigt:

a) wenn in einem im Sprengel der Kultusgemeinde befindlichen Bethause eine Beschneidung oder Namensgebung vorgenommen wird;

b) wenn in einem solchen Bethause ein Bar-Mizwah aufgerufen wird;

c) wenn ein Angehöriger der israelitischen Kultusgemeinde in M.-Ostrau eine Ehe schließt oder wenn Nicht-Angehörige der israelitischen Kultusgemeinde in M.-Ostrau in einem Bethause im Sprengel der Kultusgemeinde M.-Ostrau sich trauen lassen;

d) wenn ein Angehöriger der israelitischen Kultusgemeinde oder im Sprengel der Kultusgemeinde ein Jude begraben wird;

e) wenn die Leiche eines Angehörigen der Kultusgemeinde aus dem Kultussprengel oder in den Kultussprengel überführt oder die Leiche eines Juden, welcher der Kultusgemeinde M.-Ostrau nicht angehört, in das Gebiet des Kultusgemeindesprengels überführt wird;

f) bei Aufstellung eines Grabsteines auf einem jüdischen Friedhofe des Kultusgemeindesprengels;

g) für die Vornahme einer rituellen Chalizah.

§ 3.

Die israelitische Kultusgemeinde ist ferner berechtigt, in nachstehenden Fällen Gebühren einzuheben:

a) für das Seelengedächtnis

b) für das Anzünden des Jahrzeitlichtes,

c) für die Verrichtung des Kadischgebetes,

d) das Aufrufen zur Thora,

e) für Eheaufgebote,

f) für Mitwirkung des Chores bei Trauungen und Begräbnissen,

g) für rituelle Schlachtungen sowie für die Besichtigung des als koscher zum Verkaufe eingeführten Fleisches und geschlachteten Geflügels;

h) für die Beistellung von Grabstellen insbesondere außerhalb der laufenden Reihe;

i) für die Beistellung von Grabschmuck und Gräbererhaltung;

j) für den Besuch einer von der Kultusgemeinde erhaltenen Schule;

k) für den Besuch einer von der Kultusgemeinde erhaltenen Badeanstal (Mikwa);

l) für Miete von Bethaussitzen;

m) für sonstige Leistungen oder Inanspruchnahme von Anstalten und Organen der Kultusgemeinde.

In den Fällen a) bis e) ist Voraussetzung der Gebührenpflicht die Vornahme der Handlung in einem Bethause oder durch ein Organ der Kultusgemeinde.

§ 4.

Die Kultusgemeinde ist berechtigt, von jenen Personen, die aus Anlaß einer gottesdienstlichen Handlung die Widmung eines Geldbetrages öffentlich verkünden lassen, diesen Spendenbetrag einzuheben.

Höhe der Taxen und Gebühren:

Die Taxen werden grundsätzlich derart bemessen, daß nebst einer für alle Taxpflichtigen gleichbleibenden Grundtaxe ein nach der Höhe der Kultussteuer des Taxpflichtigen zu bemessener Zuschlag einzuheben ist.

Es beträgt im Falle des § 2 lit. a) die Grundtaxe 10 Kr., der Zuschlag 10 Proz. der Kultussteuer;

lit. b) die Grundtaxe 30 Kr., der Zuschlag 30 Proz. der Kultussteuer;

lit. c) 60 Kr. und 75 Proz. der Kultussteuer;

lit. d) bei Begräbnissen einer Person;

1. bis zu 6 Jahren die Grundtaxe 10 Kr., der Zuschlag 35 Proz. der Kultussteuer;
2. von 6—10 Jahren die Grundtaxe 30 Kr., der Zuschlag 50 Proz. der Kultussteuer;
3. von 10—20 Jahren die Grundtaxe 40 Kr. der Zuschlag 50 Proz. der Kultussteuer;
4. von über 20 Jahren die Grundtaxe 60 Kr., der Zuschlag 100 Proz. der Kultussteuer;

lit. e) die Grundtaxe 100 Kr., der Zuschlag 150 Proz. der Kultussteuer;

lit. f) die Grundtaxe 100 Kr., der Zuschlag 50 Proz. der Kultussteuer. Erreicht jedoch diese Taxe nicht den zehnten Teil des Grabsteinpreises, ist die Taxe in der Höhe von 10 Proz. des Grabsteinpreises zu bemessen;

lit. g) bei rituellen Ehescheidungen die Grundtaxe 60 Kr., Zuschlag 30 Proz. der Kultussteuer;

lit. h) bei der Chalizah 60 Kr. und 15 Proz. Zuschlag der Kultussteuer

§ 6.

Die Gebühren betragen in dem Falle des § 3.

lit. a) für das Seelengedächtnis durch 30 Jahre:

1. bei allen üblichen Anlässen 1000 Kr. und 100 Proz. Zuschlag der Kultussteuer;
2. an den hohen Feiertagen 500 Kr. und 50 Proz. Zuschlag der Kultussteuer.

Das Seelengedächtnis kann gegen [illegible] von 30 Proz. dieser Gebühren auch nach [illegible] lauf der ersten 30 Jahre für die Dauer [illegible] terer 30 Jahre fortgesetzt werden.

lit. b) 100 Kr. und 10 Proz. der Kultussteuer,

lit. c) 100 Kr. und 10 Proz. der Kultussteuer,

lit. d) für die Steuerträger der 1. [illegible] 11. Klasse 30 Kr.; für die Steuerträger [illegible] 12. bis 25. Klasse 60 Kr.; für Steuerträger der 26. bis 35. Klasse 100 Kr.; für Steuerträger der 36. bis 40. Klasse 150 Kr.; und [illegible] Steuerträger von der 41. Klasse aufwärts 250 Kronen,

lit. e) 10 Kr. und 10 Proz. der Kultussteuer,

lit. f) 200 Kr. und 10 Proz. der Kultussteuer,

lit. g) ohne Rücksicht darauf, ob und [illegible] welchen Quanten von diesem Gebühren[illegible] Gebrauch gemacht wird;

für die Steuerträger der 1. bis 11. [illegible] 20 Kronen; für Steuerträger der 15. [illegible] 25. Klasse 40 Kronen; für die Steuerträger der 26. bis 35. Klasse 60 Kronen; für Steuerträger der 36. bis 40. Klasse 80 [illegible] nen; für die Steuerträger von der 41. [illegible] aufwärts 100 Kronen;

lit. h) 1. für Grabstellen in laufender Reihe 50 Kronen und 50 Proz. Zuschlag [illegible] Kultussteur;

2. für Grabstellenreservierung [illegible] 10 Jahre 60 Kr. pro Grab;

3. bei Eckgräbern in laufender Reihe [illegible] überdies ein Zuschlag von 300 Kr. einzu[illegible]

4. für gewählte Gräber außerhalb der laufenden Reihe wird ein besonderer Zuschlag von 300 Kr., bei Eckgräbern von 600 K[illegible] gehoben.

5. in den 6 bestimmten Reihen und [illegible] sondere in den Reihen außerhalb der in [illegible] wendung stehenden Tafel beträgt die G[illegible] taxe für gewählte Gräber außer dem Zu[illegible] von 50 Proz. der Kultussteuer 500 Kr., Eckgräber 1000 Kr.;

lit. i) Für Beistellung von Begrünung u[illegible] Efeuschmuck wird eine Gebühr von 3 Pro[illegible] der Kultussteuer, mindestens aber 30 Kr. ein[illegible] hoben. Blumenschmuck hat die Partei, die [illegible] wünscht, besonders zu bestellen.

lit. j)

1. Der Besuch der israelitischen [illegible] schule ist gebührenfrei,
2. in der Gewerbeschule hat jeder S[illegible] eine Einschreibgebühr von 50 Kr. un[illegible] Schulgeld von 1000 Kr. jährlich und [illegible] in 10 monatigen Raten von je 100 K[illegible] entrichten,

lit. k) für ein Bad 40 Kronen.

lit. l)

Die Gebühren für Tempelsitze werden [illegible] tels besonderen Beschlusses festgesetzt.

lit. l) A. Bei Trauungen:

1. Tempelbeleuchtung 50 Kr.,
2. Tempelbeheizung 100 Kr.,
3. Reinigung 20 Kr.,
4. Beistellung von Wagen für die [illegible] näre;

B. Bei Begräbnissen:

1. für Leichenwache
2. Waschung und Bekleidung de[illegible]
3. Bespannung des Leichenwagens,
4. Beistellung der Wagen für die [illegible] tionäre,
5. Sarg,
6. provisorische Grabzeichen.

Die Barauslagen, soweit nicht die Partei selbst besorgt.

Bemessung und Einhebun[illegible]

§ 7.

Die Bemessung und Einhebung der [illegible] und Gebühren erfolgt durch den Präsid[illegible] Binnen 3 Tagen nach erhaltener Vorschr[illegible] kann der Tax- oder Gebührenpflichtig[illegible] sich durch diese bezw. wegen der [illegible] Bemessung beschwert erachtet, dagegen [illegible] Präsidenten Beschwerde erheben. Der Ku[illegible] rat entscheidet über dieselbe endgültig.

§ 8

Die Bemessung des für den Zuschl[illegible] den Taxen und Gebühren maßgebenden [illegible] tusbeitrages hat in der Regel nach der K[illegible] steuer jener Personen zu erfolgen, in [illegible] derer der Taxfall eintrat, bezw. wel[illegible] eine Gebührenpflicht begründende Han[illegible] gehört.

§ 9.

Die Trauungstaxen und Gebühren [illegible] in der Regel nach dem Kultussteuerb[illegible] des Brautvaters zu bemessen.

§ 10.

Die Tax- und Gebührenpflicht [illegible] Person, die in einem Familienverband [illegible] ohne selbst beitragpflichtig zu sein [illegible] nach der Kultussteuer des Familie[illegible] tes, in Ermangelung eines solchen nach [illegible]

Kultussteuerbeitrage des nächsten Familienangehörigen und bei mehreren gleich nahen nach dem Durchschnitte ihrer Kultussteuer.

§ 11.

Bei jenen Tax- und Gebührenpflichtigen, welchen aus einem anderen als dem im § 43 ad b) der Statuten angeführten Grunde eine Kultussteuer nicht vorgeschrieben wurde und bei allen der Kultusgemeinde nicht angehörigen Personen ist der für die Bemessung des Zuschlages maßgebende Kultussteuerbetrag durch den Präsidenten zu bemessen.

§ 12.

Gemeindeangehörige, die aus dem Armenfonds Unterstützung beziehen, sind von der Entrichtung der im § 2 a-d) genannten Taxen und der im § 3 a-2. g, l, m, genannten Gebühren gänzlich befreit.

Außerordentliche Bemessung:

§ 13.

Bei Tax- und Gebührenpflichtigen, die nicht Mitglieder der Kultusgemeinde sind, erhöhen sich die Taxen und Gebühren um 50 Proz. des Gesamtbetrages.

§ 14.

Soferne Trauungen unter Mitwirkung eines Organes der Kultusgemeinde außerhalb eines Bethauses stattfinden, wozu die Genehmigung des Präsidenten einzuholen ist, erhöhen sich die Taxen und Gebühren um 50 Proz. des Gesamtbetrages.

§ 15.

Ergibt sich bei Anwendung dieser Grundsätze aus einem die Tax- und Gebührenpflicht begründenden Anlasse, daß die Bemessung der Kultussteuer offenbar unrichtig ist, oder wird nachträglich festgestellt, daß die zu niedrige Bemessung offenbar auf Grund von unrichtigen Voraussetzungen erfolgte welche ein auffallendes Mißverhältnis zwischen den Bemessungsgrundlagen und den tatsächlichen Verhältnissen zu Folge hatten, so hat der Präsident zum Zwecke der Tax- und Gebührenbemessung eine Richtigstellung der die Bemessungsgrundlage bildenden Kultussteuer vorzunehmen.

Dem Präsidenten bleibt es außerdem vorbehalten, nach Anhörung der Finanzsektion in einzelnen Fällen über Ansuchen der Partei selbst ordnungsgemäß bemessene Taxen und Gebühren zu ermäßigen.

Gegen die Entscheidung des Präsidenten ist die Beschwerde an den Kultusrat binnen 3 Tagen zulässig. (§ 7.)

§ 16.

Bei Eheschließungen und Begräbnissen von Angehörigen der Kultusgemeinde außerhalb des Kultusgemeindesprengels und ohne Inanspruchnahme eines Organes der Kultusgemeinde ermäßigen sich die Taxen auf 50 Proz. der im § 5 genannten Höhe.

§ 17.

Vor Bezahlung der vorgeschriebenen Taxen und Gebühren, sowie eines etwaigen Entgeltes erwächst kein Anspruch auf Leistung der diesbezüglichen Funktionen.

Haftung:

§ 18.

Für die Entrichtung der Taxen und Gebühren haften die Personen, nach deren Beitrag dieselben gemäß §§ 8 — 11 dieser Tax- und Gebührenordnung bemessen wurde, im Falle einer Durchschnittsberechnung (§ 10) diejenigen, deren Beiträge zur Durchschnittsberechnung dienten, zur ungeteilten Hand.

Verwendung:

§ 19.

Die Taxen und Gebühren bilden im allgemeinen grundsätzlich einen Teil der Bedeckung der Jahresbedürfnisse der Kultusgemeinde.

§ 20.

Die nach der Höhe der Kultussteuer bemessenen Zuschläge zu den in § 6 lit. a-c genannten Gebühren fließen einem Fonds zur Unterstützung bedürftiger und erkrankter Beamter und Diener der Kultusgemeinde zu. Die Taxen und Gebühren bestimmter Kategorien können über Beschluß des Kultusrates in besonderen Fonds (wie Leichensteinfonds Seelengedächtnis und dergleichen) gesammelt werden.

§ 21.

Den Funktionären der Kultusgemeinde kommt ein Anteil an Taxen und Gebühren nicht zu.

Außerordentliche Einhebung und Verwendung:

§ 22.

Der Kultusrat kann Kultusvereinen (Bethausverein und dergl.) auch die Einhebung der Taxen und Gebühren gegen genaue Evidenzführung übertragen und solchen Vereinen auch die Verwendung der eingehobenen Taxen und Gebühren zur Deckung der Bedürfnisse des Vereines ganz oder teilweise überlassen.

§ 23.

Zwangseinhebung:

Die zwangsweise Einhebung der Taxen und Gebühren erfolgt nach fruchtloser Einmahnung im Wege der politischen Exekution, die bei der zuständigen politischen Bezirksbehörde anzusprechen ist.

§ 24.

Inkrafttreten und Abänderungen:

Die vorliegende Tax- und Gebührenordnung tritt sogleich nach Genehmigung durch den Kultusrat in Kraft, ausgenommen sind die Gebühren nach § 5 lit. g.) (Schechitah) und lit. m.) (Tempelsitze.) Ueber den Zeitpunkt, von welchem an diese Gebühren eingehoben werden, hat der Kultusrat noch besonders zu beschließen.

*

Jüdisches Theater.

In Mähr.-Ostrau hat sich plötzlich ein intensives jüdisches Theaterleben entwickelt. An einem und demselben Abend gab es im Deutschen Haus unter der Patronanz des Jüdischen Sportklubs Makabi eine durch die Mitwirkung zweier allustrer Gäste ausgezeichnete Aufführung von Henry Bernsteins „Israel“ und im Katolický dum eine vom Jüdischen Arbeiter-Sportklub veranstaltete Darstellung des „Eisik Scheftel“ von D. Pinski. Mit Bernstein, dem alle Raffinements der Pariser Theatermache beherrschenden, jeden Bühnenwirkung sicheren, dabei aber bis ans Herz hinan kühlen Modedramatiker wollen wir uns hier nicht ausführlicher befassen, und lieber einige Worte dem etwas ungefügen Stück Pinskis widmen. — Pinski ist eine ausgesprochene Uebergangspersönlichkeit; er steht zwischen dem primitiven jüdischen Theater der Urzeit, das jeden Stoff in die banalisierende Operettenform preßte, und den Anfängen einer modernen jüdischen Bühnenliteratur. Daß dieser Uebergang gerade in die Zeit fällt, wo in Westeuropa der Naturalismus vom Symbolismus abgelöst wird, hat seine starken Rückwirkungen auf das Schaffen Pinskis. „Eisik Scheftel“ im besonderen ist ein Milieustück, macht immer wieder Anläufe zu veristischer Schilderung des ostjüdischen Lebens, stellt aber in den Mittelpunkt einen Arbeiter, der eigentlich ein Dichter ist, ein Idealist, der von den andern nicht verstanden wird und auch sich selbst nicht versteht. Dieses Stück, das in der Entwicklungsgeschichte des ostjüdischen Theaters einen bedeutenden Platz einnimmt und bei all seinen Schwächen doch den Atem echter Poesie fühlen läßt, übt auf ein halbwegs empfängliches Publikum immer starke Wirkung. Und es war sicher dankenswert, daß der Jüdische Arbeiter-Sportklub gerade ein solches Stück wählte, ein Stück, das nicht nur dem Thema nach eine jüdische Beziehung hat, sondern das selbst ein Stück jüdischer Kultur ist. Allerdings war es ein ungeheures Wagnis und wenn ich feststelle, daß der Versuch nicht zusammengebrochen ist, so bedeutet das schon, daß hier jugendlicher Idealismus und begeisterte Hingabe das Unmögliche möglich gemacht haben. Wer jemals Prosa oder gar Verse aus dem Jiddischen ins Deutsche übersetzt hat, weiß, wie ungeheuer schwer es ist, das ursprüngliche Kolorit zu wahren und sich doch vor lächerlichem Mauscheln zu hüten. Diese Schwierigkeit ist ins Vielfache potenziert bei der Aufführung eines ostjüdischen Milieustückes in deutscher Uebersetzung und durch Kräfte die zum großen Teil dem dargestellten Millieu weltenfern sind. Und wenn nun die Fremdheit dem dargestellten Milieu gegenüber auf die einzelnen Darsteller ungleich verteilt ist, so müssen in die ganze Aufführung Disharmonien kommen. So stand auf der einen Seite eine überzeugende ostjüdische Figur wie Isa Rulfs Beile einem fast ganz unjüdischen Eisik Scheftel (Otto Mazel) gegenüber. Mazel schöpfte den allgemein-menschlichen Ideengehalt dieser Figur voll aus, ohne ihm auch nur einen Teil seiner volksgebundeien Bedeutung geben zu können. So stand auf der einen Seite die ausgezeichnet gesehene Figur des Orke (Alfred Vogel), auf der andern die in jeder Beziehung verzeichnete des Komödianten Selig. Aus diesem machte Herr Ceiß einen jugendlichen Liebhaber, wie er in deutschen Kleinstädten, vielmehr in dem in solchen Kleinstädten spielenden deutschen Lustspiel der achtziger Jahre vorkommt, ohne in seiner Heiterkeit durch eine Ahnung davon getrübt zu werden, daß die ganze Figur aus dem Geiste der russischen Haskalah geboren ist und einem Typus einer ganzen Generation russischer Juden verkörpert (der aber ganz anders aussieht als harmlose Figuren deutscher Lustspiele). Die Gegenüberstellung könnte noch weiter fortgesetzt werden; jeder einzelne von den Darstellern tat sein Bestes und Erfolg oder Mißerfolg beruht mehrmals auf irgend etwas anderem auf dem Grade der Kenntnis ostjüdischen Lebens. Bemerkenswert ist, daß an schauspielerischer Fähigkeit die dilettierenden Mitglieder des Jüdischen Arbeiter-Sportklubs den mitwirkenden Kräften des Deutschen Theaters kaum nachstanden. Ueberhaupt zeichnete den Abend ein erfreuliches Hochmaß liebevoller Hingebung aller Mittätigen aus, die in der lebhaften Befriedigung des sehr zahlreichen Publikums seine Belobung fand. Der Beifall galt nicht nur den Darstellern, sondern auch dem Orchester des Jüdischen Arbeiter-Sportklubs, das unter der anfangs etwas schüchternen, dann aber immer unbefangeneren und flotteren Führung von Rudolf Fröhlich die Zwischenaktmusik besorgte. Wenn den Veranstaltern etwas ausgesetzt werden soll, so ist es vielleicht die Wahl der etwas banalen und mit dem Stück disharmonierenden Kompositionen, die das Orchester mit so löblichem Eifer aufführte, und die etwas prätenziöse Bezeichnung der Veranstaltung auf dem Programm als Jüdisches Theater in M.-Ostrau. Aber vielleicht wird aus solchen Versuchen noch einmal ein jüdisches Theater in M.-Ostrau und das wäre sicher sehr erfreulich.

Herrmann.

*

Jüdisches Theater.

Samstag, den 7. Mai um 3 Uhr nachmittags Schülervorstellung Eisik Scheftel zu halben Abendpreisen. Reinertrag fließt dem Jüd. Ferienheim in Ostrawitz zu.

*

Barmizwah-Feier. Samstag, den 7. Mai, vormittags 10 Uhr findet im großen Tempel zu Mähr.-Ostrau die Barmizwahfeier des Marcell Färber, Sohnes des Herrn Dr. R. Färber und Gattin Olga, statt.

Neutitschein.

Wir erhalten folgende Zuschriften:

I.

Gemäß § 19 des Pr.-Ges. erlaube ich mir die erstehende Berichtigung zu dem in Ihrer Nr. 28 vom 15. v. M. erschienenen Artikel: Kultuswahl in Neutitschein mit dem Bemerken zu übersenden, daß die von mir gemachten Angaben die tatsächliche Wahrheit darstellen! Es ist unrichtig, daß Herr Huppert bei der am 5. März l. J. abgehaltenen Wählerversammlung die Erklärung abgab, daß sich diee zionist. Partei die Ausgabe einer eigenen Liste vorbehalte. Richtig ist es, daß bei dieser Versammlung eine geeinigte Liste zur Aufstellung gelangte, welche von allen Anwesenden (somit auch den in Mehrheit erschienenen Zionisten) angenommen wurde. Diese Liste, enthaltend Zionisten und Nichtzionisten, wurde gedruckt und amtlich von der Kultusgemeinde den Wählern zugeschickt. 2 Tage vor der Wahl hat Herr Dr. Birnstein eine neue, rein zionistische Liste ausgesendet und eben dieser Vorfall brachte Unstimmigkeiten unter die Wählerschaft. Herr Heinrich Bermann hatte von dem Erscheinen einer dritten Liste keine Kenntnis und stand der Wahl ganz fern, um so mehr, als er weder mit Herrn Aufricht noch Herrn Tintner im Verkehr ist. Die Liste selbst wurde von Herrn Fritz Bermann am Wahltage um 9 Uhr vormittags ausgegeben und Herr Aufricht und Tintner machten wohl bei ihren Bekannten für diese Liste Propaganda, welche jedoch nicht den Zweck verfolgte gegen die zionistische Sache selbst, sondern einzig und allein gegen den Terror einzelner zion. Führer aufzutreten. Daß dies von Erfolg begleitet war, beweist, daß der Führer, Herr Dr. Birnstein, mit 85 Stimmen an elfter Stelle in den Ausschuß, Herr Huppert mit 83 Stimmen in den Ersatz gewählt wurde und Herr Fabrikant Munk sen. aus Boskowitz. derz. in Neutitschein, überhaupt nicht gewählt wurde. Es ist auch besonders hervorzuheben, daß es dem gewählten Mitglied Herrn Em. Hein (ältester Zionist) nahe gelegt wurde, zugunsten des Herrn Huppert zurückzutreten, damit dieser in den Ausschuß vorrücken und nur so seinem lang ersehnten Wunsche gemäß, Kultus-Stellvertreter werden könne. Herr Ob.-G.-R. i. P. Schenk ist seinen, Herrn Fritz Bermann gegenüber gemachten Aeußerungen, ein Gegner der zionistischen und jüdischnationalen Bewegung. Die darüber in dem Artikel gebrachte Gesinnungserklärung ist ohne Wissen und Zustimmung des Herrn O.-G.-Rates Schenk gehoben. Die Liste des Herrn Fritz Bermann hat ihre Erwartungen vollkommen übertroffen, denn die fünf an erster Stelle gewählten Herren mit Ausnahme des Herrn Isidor Körner, welcher die Meistanzahl an Stimmen erhielt, weil er mit beiden Parteien sympathisiert, Dr. Theodor Fischer, Klapphol Bertold, Kupfermann Abr., Rosenzweig Adolf und Schenk Sig., O.-G.-Rat sind Nichtzionisten und vereinigten die meisten Stimmen auf sich. Mit vorzüglicher Hochachtung für die Richtigkeit dieser Angaben:

Fritz Bermann.

II.

Für die Uebermittlung der Berichtigung des Herrn Fritz Bermann bestens dankend, schließe ich mich ihrer Ansicht vollinhaltlich an, daß vom gesetzlichen Standpunkt eine Verpflichtung zur Veröffentlichung nicht besteht, daß selbe jedoch loyalerweise zu erfolgen hätte, zumal wir Zionisten eine öffentliche Diskussion nie gescheut haben. Da der Einsender mir die zweifelhafte Ehre zuteil werden läßt, sich mit meiner Person zu befassen, da er weiters vom Terrorismus zionistischer Führer spricht, offenbar um sein würdeloses Benehmen am Wahltage zu bemänteln, will ich an die sogenannte Berichtigung einige Bemerkungen knüpfen. Vor allem bemerke ich, daß meine Worte nicht so dem Fritz Bermann gelten als seinen Hintermännern. Denn ich bin gewohnt, im politischen Kampfe ernsten Männern gegenüber zu treten und meine Zeit ist viel zu kostbar, als daß ich muß eine Minute einen Menschen opfern würden, der absolut kein Interesse für das jüdische Volk empfindet und aus persönlicher Eitelkeit die für uns Zionisten so wichtigen Kultuswahlen am Wahltage zum Gespötte der arischen Bevölkerung machte. Ich erinnere da an die Worte eines inzwischen verstorbenen arischen Arztes, der an die agitatorische Tätigkeit Bermanns oder eines seiner würdigen Genossen die Frage knüpfte, ob er vielleicht den „Schammes“ zu Hilfe rufen sollte. Auch im Wahllokale selbst hörte ich von Nichtzionisten die Bemerkung, daß die wichtigtuerische Geschäftigkeit Bermanns und Genossen einen widrigen Eindruck hervorrief. Es empfanden eben auch unsere ernst zu nehmenden politischen Gegner, daß die Kultuswahlen nicht dazu da seien, sensationslüsteren jungen Leuten Gelegenheit zu geben, den Juden zu zeigen, daß die jüdische Chutzpe trotz unserer ernsten Arbeit noch nicht ausgestorben ist.

Um auf die Sache selbst zurückzukommen, halte ich den Inhalt des am 15. April l. J. in Ihrem Blatte erschiennenen Berichtes über die Neutitscheiner Kultuswahlen selbstverständlich voll aufrecht. Insbesondere entspricht es den Tatsachen, daß in der Versammlung vom 5. März Herr Huppert die Erklärung abgab, daß sich die Zionisten die Ausgabe einer eigenen Liste vorbehalten. Der Grund lag nicht etwa darin, daß die Zionisten in der an diesem Tage aufgestellten Liste zu schwach bedacht waren, sondern darin, daß Personen die sich nicht zur jüdischen Nation bekannt hatten oder als ausgesprochene Gegner der Zionisten galten, nicht kandidiert werden, daß weiters unseren demokratischen Grundsätzen entsprechend die Minderbesteuerten eine stärkere Vertretung erhalten sollten. Die von der zionistischen Parteileitung proponierte Liste enthielt durchaus nicht ausschließlich Zionisten, sondern auch andere Nationaljuden.

Lediglich des Friedenswillens und in Anerkennung der Verdienste, die sich einzelne Herren um die Kultusgemeinde erworben, willigte die Zionistische Parteileitung am 19. März 1920 in das Kompromiß. Daß ein Bruch des Kompromisses, gegen das nach Einigung der Annahme niemand Widerspruch erhob, unter Juden möglich sei, habe ich trotz meiner jahrelangen zionistischen Tätigkeit, die mich mit Kultusmachern aller Art in Berührung brachte, nicht für möglich gehalten. Der traurige Ruhm dieser Heldentat blieb den Neutitscheinern vorbehalten. Wie dieses Vorgehen in ernsten jüdischen Kreisen beurteilt wurde, ist daraus ersichtlich, daß zwei Herren der Wahlkommission, von denen einer durchaus nicht zu unseren Freunden gehört, während die Wahl ernstlich die Frage erörterten, ob sich wohl auch nur 20 Wähler finden werden, die die neue Liste, auf der als Exponenten die Herren Heinrich Bermann, Julius Aufricht und Julius Tintner fungierten, wählen werden.

Daß Herr Heinrich Bermann trotz der Leitung der Agitation durch seinen Sohn Fritz von dem Erscheinen der dritten Liste keine Kenntnis hatte, wie der Einsender behauptet, erscheint sehr merkwürdig und ist mit seinem Verhalten gegenüber Herrn Hein bei der Wählerversammlung und seiner notorischen Gegnerschaft gegen die zionistischen Idee kaum vereinbar. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß er das Vorgehen seines Sohnes desavouiert u. von dem Wahlmanöver nichts wissen will. Eine schärfere Verurteilung des Verhaltens Fritz Bermanns und Genossen als die Absage des eigenen Vaters ist sicherlich kaum zu denken.

Daß Herr Bermann Wort darauf legt festzustellen, daß er mit dem H. Aufricht und Tintner nicht verkehrt, ist jedenfalls pikant; wir Zionisten haben uns unserer Kampf- und Bundesgenossen, auch wenn sie sozial uns nicht gleichstanden, nie geschämt.

Der Einsender zählt in seiner Berichtigung die Namen einzelner Herren auf, die trotz oder vielleicht wegen ihrer angeblich nichtzionistischen Gesinnung an erster Stelle gewählt wurden. Abgesehen davon, daß höchstens zwei dieser Herren als Gegner des Zionismus gelten können, vergißt Bermann anzuführen, daß diese Kandidaten auf der Kompromißliste vom 19. März standen — außer den Herren

Klopphol[z] und Dr. Fischer übrigens auch auf der zionistischen Liste — und daß die große Anzahl der Stimmen damit zu erklären ist, daß die Zionisten sich fast ausnahmslos an das Kompromiß hielten, unsere Gegner aber nicht. Die Stimmen, die Herr Huppert und sich selbst erhielten, waren fast ausnahmslos zionistische und betragen ein Beträchtliches über die absolute Majorität. Herr Munk, den wir für ein Ersatzmandat ausersehen hatten, wurde allerdings nicht gewählt, dies hauptsächlich deswegen, weil in Freiberg, wo infolge der raschen Aufeinanderfolge der widersprechende den Listen Verwirrung herrschte, unser dortselbst unbekannter Gesinnungsgenosse stark in die Minorität blieb. Richtig ist, daß Herr Hein infolge seines hohen Alters zurücktrat, um dem als 1. Ersatzmann gewählten Herr Huppert Platz zu machen, er stellte der zionistischen Partei freiwillig den Antrag, was der Einsender möglicherweise nicht begreift, da ihn der Begriff zionistischer Opferwilligkeit jedenfalls abgeht.

Schließlich will ich zur Vorstandswahl erwähnen, daß der einhellig akzeptierte Antrag von zionistischer Seite über Beschluß der zionistischen und jüdischnationalen Kultusausschuß-Mitglieder gestellt wurde. Herr Bermann muß es gütigst uns überlassen, wen wir für würdig erachten, die Kultusgeschäfte in Neutitschein zu leiten, seine Meinung ist uns in dieser Beziehung nicht richtunggehend. Daß er es für notwendig findet, Herrn Huppert die Beschimpfung persönlichen [illegible] vorzuhalten, zeugt von der Niedrigkeit seiner Denkungsweise. Wir Zionisten sind gewöhnt, dort zu stehen, wo die Interessen des Judentums es erfordern und darum ist Herr Huppert unser Vorsteher-Stellvertreter. Wir Zionisten haben ihn als den Würdigsten für diese Stelle befunden und damit wird sich wohl der Einsender und seine Freunde abfinden müssen. Daß Herr OLGR. Schenk ein Gegner der zionistischen und jüdischen nationalen Bewegung ist, entspricht, wie er mir erst heute versicherte, nicht der Wahrheit, auch diese Behauptung entspricht lediglich Bermanns Phantasie und der Wunsch ist wieder einmal Vater des Gedankens.

Jedenfalls möchte ich und meine Gesinnungsgenossen Herr Bermann und seinen Innungsgenossen raten, das Gebiet jüdischer Politik, das ihnen so gar nicht liegt, zu verlassen, nächstens könnte die Abfuhr etwas schärfer ausfallen als diesmal, zumal bis nun lediglich unsere Jugend Anlaß genommen hat, in der jüdischen Wahlzeitung das Vorgehen genannter Herren entsprechend zu kennzeichnen.

Die Versicherung können aber unsere Freunde und unsere Gegner entgegennehmen: Wir Zionisten in Neutitschein halten die Leitung der Kultusgemeinde fest in der Hand, wir lassen sie uns nicht aus der Hand nehmen, nicht etwa aus Terrorismus, sondern im Interesse des Judentums und der Tag ist vielleicht nicht fern, da auch unsere heutigen Widersacher offen werden eingestehen müssen, daß der Zionismus allein zur Leitung der Geschicke des jüdischen Volkes berufen ist.

Mit herzlichen Zionsgrüße Ihr ergeber

Dr. Birnstein.

Brünn.

[...]wahlen der „Jüd. akad. Ferialverbindung „Gamalah": für das Sommersemester 1920/21: Cand. ing. Siegfried Sta[...]nie *, Cand. chem. Fritz Schlesinger **, Cand. ing. Erwin Hulla ***.

Nikolsburg.

Die im Jüd. Volksblatte veröffentlicht gewesene Nachricht, daß sich bei der Volkzählung in Nikolsburg kein Jude zur jüdischen Nation bekannt habe, entspricht nicht den Tatsachen, da wir eben erfahren, daß sich in Nikolsburg 347 Juden zur jüdischen Nation bekannten, was allerdings für Nikolsburg nicht sehr viel ist.

Jüdischer Sport

Proßnitz.

Samstag, den 23. April spielte der J. S. K. „Makkabi" gegen den hiesigen Sportklub „Sparta" 7:0 (2:0). Die Spieler des Makkabi spielten durchwegs ausgezeichnet bis auf die Verteidigung, welche so manches zu wünschen übrig ließ.

Proßnitz.

(Makkabi—Prostejov 1:3 (1:1). Das mit großer Spannung erwartete Spiel endete mit dem Siege des Favoriten der Proßnitzer Tschechen, obwohl dieser mit 2 Ersatzleuten (Verteidigern) angetreten war, während Makkabi in kompletter Aufstellung spielte. Makkabis Spiel war ausgesprochen schlecht und außer Braker (Goalmann) gab es keinen Spieler, der seine Pflicht tat. Besonders lässig spielte die Verteidigung, welcher die Schuld an den 3 Toren des Gegners beizumessen ist. Die Niederlage Makkabi war daher wohl verdient und selbst verschuldet. — Spielverlauf.

In der zweiten Viertelstunde gelingt es Prostejov einzuschießen. Makkabi gleicht bald darauf aus. Halbzeit 1:1. — In der zweiten Halbzeit spielt Makkabi besser und forciert einige Angriffe. Platzer führt einen schönen Sololdurchbruch aus, der aber erfolglos bleibt. Ein prachtvoller flacher Schuß Platzers wird von der Stange pariert. — Infolge Versagens der Verteidigung Makkabis kommt es 6 Minuten vor Abpfiff zum zweiten und zwei Minuten vor Schluß zum dritten Goale Prostejov.

Zuvor spielten die Reserven Makkabi-Prostejov 0:12.

Jüdischer Nationalfonds

Ausweis 16

vom 23. bis 30. April 1921.

Allgemeine Spenden:

Austerlitz: Thorasp.: Alex. und Leop. Schön, Arnold Engelsrath je 5 K, zusammen K 15.—

Brünn: Eingang April K 2800.60

Iglau: Emil Fischer 20, Tischgesellschaft Lang 20, Dr. Werner 17, Sude Weinberger 77, Benno Spitzer, Wolframs 50, Neubrunn Imre 20, Josef Friedl, Mat Stiaßny, je 10 K, zusammen K 224.—

Kojetein: Verlassenschaft Frau Schrötter 40, Thorasp. Paul Langer 15, Fr. Wurm 10, M. Götzlinger 5, Willy Herzky 5, div. unter 5 K, zusammen K 70.—

Pirnitz: Tempelsp.: Emil Furcht 30, Jur. cand. Walter Kohn, Tobias Meisl, Rudolf Bretschneider, je 10 K, Emil Furcht kondoliert, Fried Iglau 5 K, zusammen K 75.—

Ung.-Brod: Leo Smetana 50, Ig. Brunn 5, orthodox-zionistischer Sijum b. Ig. Beck 91, zusammen K 146.—

Trebitsch: Sportklub „Hakoah" K 50.—

Ung.-Ostra: Frauen-Wohltätigkeitsverein Teilerträgnis vom Purimmackenkränzchen K 358.—, Leo Reich 20, A. Schächter, Brünn 10, Schülersammlg. d. Oberk. Grünbaum 15.50, Sammelbogen Paula Müller: Ernst und Otto Wolf, Premrau, je 50 K, Robert Lampl, Kremsier, Herm. Kien, je 5, Mehrerlös b. Telegrammverkauf 40, Sammlg. b. Unterhaltung 10, P. Müller 7, div. unter 5 K, zusammen K 568.50

Summe der allgemeinen Spenden K 3959.10

Oelbaumspenden.

Brünn: Eingang April K 375.—

Iglau: Anl. Ablebens Kurt Fried je 1 B. Grete und Karl Lang, Karl Meisl, Julius Samstag, Alfred Sommer, Hermann Reitler, Ernst Pisk, Dr. Philipp Hermann, Dr. S. Werner, N. N., zus. 9 B. Anl. Ablebens Hugo Eisler, Wien je 1 B.: Karl Lang, Jul. Samstag, Dr. S. Werner, zus. 3 B. Auf Namen Erich Sommer je 1 B.: Karl Lang, Jul. Samstag. Auf Namen Ernst Meisl je 1 B.: Grete und Karl Lang, Emil Fischer, Jul. Samstag, Alfred Sommer, Ernst Pisk, Ludwig Felsenberg, zusammen 6 B. K 600.—

Mähr.-Ostrau: Siegm. Seifter 12 B. im S. Seiftergarten K 180.—

Tschechisch-Teschen: Hochzeit Goldmann-Grimm 13 B. im Elsi Geller-Garten K 200.—, Hochzeit Kupfermann-Glesinger im selben Garten 24 B. K 365.—, zus. K 565.—

Ung.-Ostra: Anl. Verlobung Reich-Lechner: Leo Reich a. N. Anny Lechner 3 B., Anny Lechner a. N. Leo Reich 3 B., Fried. Fränkel 1 B. a. N. Paula Müller, Sali Schächter 1 B., zus. 8 B. im Ung.-Ostra-Garten K 240.—

Wolframs: Anl. Jahrzeit Ferd. Spitzer spenden Anni und Josef Spitzer, Lotte und Benno Spitzer, Berta u. Richard Spitzer je 200 K, zusammen 20 B. im Emma Spitzer-Garten K 600.—

Goldenes Buch.

Troppau: Eintragung Dr. Leop. Grimm: Anna Lord anl. Ablebens ihres Vaters B. Glücklich 100, aus demselben Anlasse Wilhelm Spitzer 20, Ing. P. Brammer 10, Sucharipa anl. Ablebens s. Gattin 40, Trude Sonnenfeld, Mandl, je 20, Herm. Roesler 10, Alfred Grün 5, Albert Schlesinger anl. Jahrzeit n. s. sel. Vater 15, Moritz Altschul aus demselben Anlasse 15, zus. K 255.—

Selbstbesteuerung:

Brünn: Eingang April K 15.—

Sammelbüchsen.

Brünn: Eingang April K 458.65

Eisgrub: Leop. Neuspiel 19, Is. Hirsch 17, S. Neuspiegel 10, Ad. Hirsch 4.44, zusammen K 50.44

Friedek: Ig. Singer 48, A. Munk 36, H. Aufricht 33, Jos. Steinberg 31, Ferd. Kornfeld 30.62, Ed. Heda 20.66, Gustav Herz 20, Gustav Löffler 18.70, Franz Nassau 15, Adolf Ehrlichmann 13, Ferd. Heda 11, Adolf Markfeld 10.40, Herm. Singer, Sam. Reichert, Siegm. Temner, Sam. Silbiger je 10, Hugo Katzer, Jul. Ehrlichmann, Em. Brumm, Ernst Huppert je 9.—, Sal. Grünberger 8.60, Max Egger 7.44, Fritz Bodansky 7, Cäcilie Bronner 6.50, Fritz Rauchberger, Ernst Weiß je 6, Nathan Citron 5, div. unter 5 K zusammen K 420.02

Iglau: Grand Hotel 107.07, Dr. S. Werner 103.10, Herm. Reitler 43, Dr. Ph. Herrmann 38.35, Richard Weitzenstein 30.04, Karl Lang 28.48, Dr. Pollak 24.27, Restaurant Geiduschek 22.80, Alfred Sommer, Em. Fried je 20, Albert Sander 15.40, Dr. B. Grünwald 15, Grete Pollak 12.90, Rud. Bruck 11.01, Cäcilie Kubicek 10, Grünfeld 7.50, Sigm. Ullmann 7.10, P. Stiaßny 6.62, Dav. Weisz 6.24, Paul Offer 5.80, Em. Schwarzkopf 5.40, Alex. Brod 5, div. unter 5 K, zusammen K 558.86

Kojetein: Isabella Langer 12, Ernst Löwenthal 11.30, Gustav Wurm 4.14, zusammen 27.44

Pirnitz: Emil Furcht K 45.—

Tschech.-Teschen: D. Blasenstein 20, J. Zins, Bergmann je 14, S. Kempler 13, Nachmann 9, G. Ring 6.80, Greiwer 5, Meisels 2, zus. K 83.80

Ung.-Ostra: Leo Reich 78, Verein Ivria, F. Fränkel, Frau Schön je 40, Leo Klein 35, S. Adler 35.40, Herzog 24, S. Sonnenfeld 19, M. Seidner, Leop. Sonnenfeld je 18, Otto Singer, Jos. Braun je 16, Dr. Stern 15, M. Czech 14, H. Mandl 7, J. Nußbaum 5, zus. K 420.40

Zabreh a. O.: J. Teilers Wtwe. 5.20, S. Mandelbaum, Alfred Weisenstein je 5, H. Schönthal 20, Isidor Fuchs 15, Nathan Abrahamer 80.20, Singm. Jachzel 12.36, zus. K 142.76

Summe K 2207.37

Ausweis Nr. 16	K 8.996.47
Zuletzt ausgewiesen	K 81.336.52
Gesamtsumme bis 30. April 1921	K 90.332.99
Materialien: Brünn	K 80.—

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stelle, Oberfurt.